

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Martina Gille/Winfried Krüger/Johann de Rijke/Helmut Willems

Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung?

Peter Förster/Walter Friedrich

Jugendliche in den neuen Bundesländern

Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen,
Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen 1990 bis 1994

Hans-Joachim Beyer

Die Generation der Vereinigung

Jugendliche in den neuen Bundesländern
über die Plan- und Marktwirtschaft

B 19/96

3. Mai 1996

Martina Gille, Dipl.-Soz., geb. 1954; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut, München.
Veröffentlichungen u. a.: (Mitautorin) Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut, Opladen 1992; (Mitautorin) Jugend und Demokratie in Deutschland, hrsg. von Ursula Hoffmann-Lange, Opladen 1995.

Winfried Krüger, M. A., geb. 1939; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut, München.
Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor) Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut, Opladen 1992; (Mitautor) Jugend und Demokratie in Deutschland, hrsg. von Ursula Hoffmann-Lange, Opladen 1995.

Johann de Rijke, Dipl.-Soz., geb. 1946; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut, München.
Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor) Was tun Kinder am Nachmittag?, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut, München 1992; (Mitautor) Jugend und Demokratie in Deutschland, hrsg. von Ursula Hoffmann-Lange, Opladen 1995.

Helmut Willems, Dr. phil., geb. 1954, Leiter der Abteilung „Jugend und Politik“ am Deutschen Jugendinstitut, München.

Veröffentlichungen u. a.: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen 1993; (zus. mit Marianne Wolf, Roland Eckert) Soziale Unruhen und Politikberatung, Opladen 1993; (Hrsg. zus. mit Wilfried Schubarth u. Fritz-Ulrich Kolbe) Gewalt an den Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention, Opladen 1996.

Peter Förster, Prof. Dr. sc., geb. 1932; bis 1990 Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig, seit 1991 Mitarbeit in Projekten der Jugendforschung.

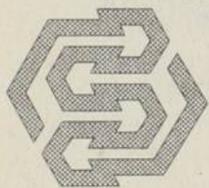
Veröffentlichungen zur Jugend- und Meinungsforschung sowie zu methodologischen und methodischen Fragen der Sozialforschung, u. a.: (zus. mit Walter Friedrich) Ostdeutsche Jugend 1990, in: Deutschland Archiv, 24 (1991) 4 und 7; (zus. mit W. Friedrich u. a.) Jugend Ost – zwischen Hoffnung und Gewalt, Opladen 1993.

Walter Friedrich, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1929; bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, seit 1991 Mitarbeit in Projekten der Jugendforschung.

Veröffentlichungen u. a.: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/90; (Hrsg. zus. mit Hartmut Griese) Jugend und Jugendforschung in der DDR, Opladen 1991; (zus. mit Peter Förster) Zur politischen Mentalität der ostdeutschen Jugend, Leipzig 1996; Jugend und Religion – in der DDR, nach der Wende in Ostdeutschland, in: Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Heft 3, 1996.

Hans-Joachim Beyer, Prof. Dr. rer. oec., Dr. sc. oec., geb. 1938; Studium der Wirtschaftswissenschaften in Leipzig, Betriebswirtschaft (Fachrichtung Industrieökonomik); Leiter des Berliner Büros des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Veröffentlichungen zum Existenzgründungsprozeß in den neuen Bundesländern, u. a. zu Mittelstandsförderung, Lehrlingen, Weiterbildung und Umschulung im Handwerk, Junge Unternehmer.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung?

I. Einführung

Die öffentliche Debatte über die Jugend und ihr Verhältnis zum politischen System war in den letzten fünf Jahren von unterschiedlichen, wenn auch z. T. sich überlappenden Diskursen gekennzeichnet.

Zum einen stand die Frage im Vordergrund, wie insbesondere die junge Generation im Osten in die neue Gesellschaft hineinwächst und inwieweit es ihr trotz unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen und eines schwierigen Transformationsprozesses gelingt, sich auf die neuen politischen Institutionen und Werte einzustellen. Zum zweiten wurde diskutiert, ob sich vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung, der Krise auf dem Arbeitsmarkt und der Immigration eine gewaltbereite, fremdenfeindliche Protestbewegung insbesondere in der jungen Generation herausbildet. Und drittens schließlich wurde eine wachsende Entfremdung und Distanzierung der Jugendlichen im Verhältnis zur Politik diagnostiziert, die einerseits als Rückzug aus den etablierten politischen Institutionen und andererseits generell als Politikverdrossenheit und Abkehr vom Politischen interpretiert wurde.

Manche dieser Diskurse sind stark von aktuellen Entwicklungen beeinflusst gewesen und werden heute mit einer ganz anderen Akzentuierung geführt als noch vor zwei oder drei Jahren. Dies gilt etwa für die Vermutung, die nach den Ereignissen von Rostock, Hoyerswerda und Solingen aufkam, die jüngere Generation könne Teil einer politisch radikalisierten rechten Bewegung werden. Auch ist nicht immer entscheidbar, inwiefern die jeweils verfügbaren empirischen Daten tatsächlich die jeweilige Interpretation und entsprechende Tendaussagen z. B. zur Politikverdrossenheit stützen. Schließlich spielen in der Beurteilung der politischen Interessen und Orientierungen von Jugendlichen häufig auch unausgesprochene normative Vorstellungen eine zentrale Rolle. Als

Maßstab für die politische Involviertheit Jugendlicher wird häufig das Engagement Erwachsener herangezogen. Zudem hängt die Beurteilung des Engagements von Jugendlichen von den jeweils zugrundegelegten ordnungs- und demokratiepolitischen Konzepten ab, z. B. von der Vorstellung, daß sich der Bürger im demokratischen System als „Homo politicus“ verstehen sollte.

Ohne Zweifel sind demokratische Ordnungen in einem besonderen Maße auf eine Unterstützung durch ihre Bürger angewiesen; und sicherlich muß dem politischen Interesse und Engagement der jüngeren Generation besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da sie als die zukünftigen Akteure besondere Verantwortung für die Stabilität und Weiterentwicklung der Demokratie tragen. Dennoch sind wir gut beraten, nicht jede Veränderung im Verhältnis der Jugendlichen zur Politik als Krise anzusehen und die politischen Orientierungen Jugendlicher lediglich in ihren extremen Ausprägungen der Apathie oder der politischen Radikalisierung wahrzunehmen.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, einige zentrale Aspekte der politischen Orientierungen sowie der Wertorientierungen von Jugendlichen anhand der Daten des Jugendsurveys sowie anderer Untersuchungen zu beleuchten¹.

1 Im folgenden werden einige repräsentative Umfragen, auf die Bezug genommen wird und deren Daten verwendet werden, kurz dargestellt: der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) von 1992 (Befragung von 16- bis 29-jährigen mit den Schwerpunkten politische und gesellschaftliche Orientierungen); die ALLBUS-Umfragen (ALLBUS = Allgemeine Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften) von 1992 und 1994; die Umfragen enthalten eine Reihe jeweils gleichbleibender Fragen und jeweils thematische Schwerpunkte); die Jugendstudien des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) von 1993 und 1995 bei 14- bis 27-jährigen (zu einem großen Teil gleiche Fragen); die IPOS-Studien „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ der Jahre 1991 bis 1993 und 1995 (zu einem großen Teil gleiche Fragen); eine Jugendumfrage vom Emnid-Institut bei 14- bis 29-jährigen im Auftrag des „Spiegels“ von 1994 (vgl. „Spiegel“-spezial vom November 1994). Diese Datensätze wurden im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA) dokumentiert und zugänglich gemacht. Weder IPOS noch die mit dem ALLBUS

Zunächst steht die Frage im Vordergrund, welche Bedeutung Politik für Jugendliche hat, wie das Interesse an Politik im Ost-West-Vergleich verteilt ist und ob sich in den letzten Jahren Trends erkennen lassen, die als Politikverdrossenheit beschreibbar sind. Daran schließt sich die Frage an, welches Vertrauen Jugendliche den politischen und gesellschaftlichen Institutionen entgegenbringen, ob hier Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern erkennbar sind und mit welchen anderen Faktoren (z. B. Demokratiezufriedenheit) das Institutionenvertrauen zusammenhängt. Drittens schließlich wollen wir Fragen des Wertewandels und der Wertorientierungen von Jugendlichen diskutieren, hinsichtlich der Ähnlichkeit zwischen den Jugendlichen in den neuen und alten Bundesländern, aber auch hinsichtlich der möglichen Konsequenzen für die politischen Orientierungen von Jugendlichen. Schließlich wird es um die Frage gehen, ob und inwiefern Jugendliche die Bereitschaft zeigen, sich politisch zu engagieren. Dabei interessiert im besonderen, welchen Einfluß politisches Interesse, Institutionenvertrauen und Wertorientierungen auf die Partizipationsbereitschaften junger Menschen haben.

II. Interesse an Politik

Das Interesse an und die subjektive Bedeutung von Politik für Jugendliche gilt allgemein als relativ gering im Vergleich zur Bedeutung anderer Lebensbereiche wie Schule, Beruf oder Freizeit. Auch im Vergleich zu Erwachsenen spielt Politik bei jungen Menschen eine geringere Rolle, was u. a. darauf zurückgeführt wird, daß im Jugendalter die „innere Distanz“ zu Politik noch größer sei.

Dieses relativ geringe Interesse von Jugendlichen an Politik ist nun nicht einfach nur bedauerlich, sondern insofern von besonderer Bedeutung, als das Interesse an Politik eine zentrale Voraussetzung auch für politisches und gesellschaftliches Engagement darstellt². Hier sind in den vergangenen Jahren Hinweise aus der Forschung gekom-

befäßen Institutionen, noch das ZA tragen Verantwortung für die Verwendung der Daten in diesem Beitrag. Angemerkt werden muß noch, daß sich die Studien teilweise in der Anlage unterscheiden (Grundgesamtheiten, Auswahlverfahren und Befragungsformen). Daher werden in der Regel die Daten jeweils im Zusammenhang entsprechender Studien bzw. Studienfolgen interpretiert, nicht aber direkte Vergleiche etwa gleicher Fragen oder Kennzahlen vorgenommen.

2 Vgl. Oscar W. Gabriel, *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1986, S. 178 ff.

men, die auf einen aktuellen Trend der Abwendung der Jugendlichen von der Politik und der Reduzierung des politischen Engagements hinweisen. Wir wollen uns daher im folgenden auf die Fragen konzentrieren, in welchem Ausmaß Jugendliche politisches Interesse bekunden, welche Bedeutung Politik als eigenständiger Lebensbereich für sie hat und wie sich dies in den letzten Jahren entwickelt hat.

Mit der Beantwortung der Frage nach der Wichtigkeit von Lebensbereichen wird eine Einordnung des Bereiches Politik im Vergleich zu anderen Lebensbereichen, etwa Partnerschaft, Beruf und Arbeit, Freunde, Freizeit und Erholung, Schul- und Berufsausbildung, versucht. Im Kontext dieser Frage erhält Politik im Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) deutlich geringere Wichtigkeitswerte als fast alle anderen erfragten Bereiche. Diese Differenz ist am größten für die jüngeren Altersgruppen der 16- bis 19jährigen, ändert sich aber auch mit höherem Alter nicht wesentlich, während andere Bereiche innerhalb der im Survey erfaßten Altersspanne von 16 bis 29 Jahren mit zunehmendem Alter durchaus andere Prioritäten erfahren: Der Bereich Schul- und Berufsausbildung wird mit steigendem Alter geringer bewertet, höher hingegen werden Beruf und Arbeit sowie Familie und Kinder eingestuft³. Ähnliches gilt auch für Befragte, die älter als 29 Jahre sind: Anhand der Daten der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften aus dem Jahre 1992 (ALLBUS 1992) kann man sehen, daß auch bei älteren Befragten der Lebensbereich Politik die geringste Rolle spielt. Insgesamt wird man also nicht sagen können, daß der Politikbereich nur für jüngere Altersgruppen ein relativ geringes Gewicht besitzt. Im Vergleich zu den unmittelbar erfahrbaren und gestaltbaren Lebensbereichen der Berufswelt, der Familie, der Freizeit etc. bleibt der Lebensbereich Politik für die Mehrzahl der Menschen ein Bereich, dessen subjektive Relevanz und hohe Bedeutung sich nicht von selbst ergeben.

Dies wird ebenfalls deutlich, wenn man einen weiteren Indikator für die subjektive Bedeutsamkeit von Politik betrachtet: die Frage nach dem Vorhandensein und dem Ausmaß des politischen Interesses. Wegen der Unbestimmtheit der Frage hinsichtlich konkreter Inhalte von Politik wurde dieser Indikator häufig kritisiert. Andererseits zielt die Frage gerade auf eine eher grundlegende Orientierung, die als Voraussetzung für differen-

3 Vgl. Martina Gille/Corinna Kleinert/Sybille Ott, *Lebensverhältnisse*, in: Ursula Hoffmann-Lange (Hrsg.), *Jugend und Demokratie in Deutschland*, Opladen 1995.

zierte politische Einstellungen und Verhaltensorientierungen aufgefaßt werden kann. In der Formulierung „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ ist der Indikator in Bevölkerungsumfragen wie auch in Jugendstudien weit verbreitet und erlaubt damit, Unterschiede von Altersgruppen und Veränderungen über Zeiträume auf der Aggregatebene auszumachen. Daher wird im folgenden auch auf diese Frage Bezug genommen.

In den neuen Bundesländern hat im ersten Jahr nach der Vereinigung im Oktober 1990 das Politikinteresse bei Jugendlichen stark zugenommen⁴. Dies wurde als besondere politische Sensibilisierung durch die Wende und den Prozeß der Vereinigung gedeutet. In den folgenden Jahren waren dann jedoch deutlich zurückgehende Werte zu beobachten, so daß von einer dauerhaften politischen Mobilisierung der ostdeutschen Jugendlichen bald nicht mehr gesprochen werden konnte⁵. Vielmehr wurde vermutet, daß sich die für den Vereinigungsprozeß auf politischer, ökonomischer und sozialer Ebene erkennbare Phase der Konsolidierung nun auch auf der Ebene der politischen Einstellungen und Erwartungen zeige. Allerdings lassen die unterschiedlichen Umfragen, auf die Bezug genommen wurde (Umfragen unter Schülerpopulationen, repräsentative Befragungen in Teilgebieten der neuen Bundesländer, gesamtrepräsentative Befragungen), und insbesondere die teilweise erheblich unterschiedlichen Frageformulierungen eine einheitliche Bewertung des Ausmaßes der Veränderung des politischen Interesses in diesen Jahren nur eingeschränkt zu. Im DJI-Jugendsurvey wurde noch 1992 festgestellt, daß das politische Interesse in den neuen Bundesländern etwas höher war als in den alten Bundesländern (22,3 Prozent gegenüber 20,6 Prozent), was u. a. auf Mobilisierungseffekte durch die Wende und den Transformationsprozeß zurückgeführt wurde. Zwischen 1993 und 1995 läßt sich dann in den Studien des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) für den Osten wie für den Westen ein Rückgang des Politikinteresses beobachten, der im Osten stärker war als im Westen⁶.

4 Vgl. Walter Friedrich/Peter Förster, Politische Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Transformationsprozeß, Leipzig 1995; Peter Bischoff/Cornelia Lang, Ostdeutsche Jugendliche und ihr Verhältnis zur Politik in den ersten fünf Jahren nach der Wende, Sozialreport, Sonderheft, (1995) 2.

5 Vgl. ebd.

6 In den ALLBUS-Umfragen nahm das starke politische Interesse bei den 18- bis 29jährigen im Westen von 27 Prozent 1992 auf 20 Prozent 1994 ab, im Osten von 18 auf 17 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für die über 29jährigen: eine

Inwieweit von einem klaren „dramatischen“ Trend der Abnahme gesprochen werden kann, wie es zuweilen im Zusammenhang der Diskussion um die „Politikverdrossenheit“ behauptet wird, muß hier offenbleiben. Zunächst einmal scheint es sich eher um eine Normalisierung nach der vereinigungsbedingten Mobilisierungsphase zu handeln. Ob dieser Trend zu einem geringeren politischen Interesse sich jedoch weiter fortsetzt und sich dann tatsächlich als genereller Trend beschreiben läßt, kann erst durch die weitere Entwicklung belegt werden.

Wie variiert nun das politische Interesse innerhalb der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen? Nach wie vor wird auch in den neueren Umfragen unter Jugendlichen ein geschlechtsspezifisch unterschiedlich ausgeprägtes politisches Interesse bekundet. Frauen geben in Ost wie West ein geringeres Interesse an als Männer. Auch der Einfluß des Bildungsniveaus auf das politische Interesse ist immer wieder in allen Jugendumfragen festzustellen. Je höher die formale Bildung, um so höher ist auch der Anteil der Befragten mit starkem oder sehr starkem politischen Interesse. Dies konnte mit den Daten des Jugendsurveys bestätigt werden, ebenso in den IPOS-Jugendstudien von 1993 und 1995; der Zusammenhang ist im Osten wie im Westen etwa gleich stark. Ein deutlicher Anstieg der Interessiertheit läßt sich vor allem für die oberste Bildungsgruppe⁷ feststellen. Beim Jugendsurvey ist der Anteil der Befragten mit starkem bzw. sehr starkem Politikinteresse in dieser Gruppe jeweils fast doppelt so hoch (31,2 Prozent im Westen, 35 Prozent im Osten) wie in der mittleren (14,5 bzw. 17,6 Prozent) und unteren Bildungsgruppe (13 Prozent im Westen, 11,9 Prozent im Osten).

Die Altersabhängigkeit politischer Interessiertheit ist häufig festgestellt worden. Im Rahmen der

Abnahme in den alten Bundesländern von 35 auf 29 Prozent, in den neuen von 32 auf 29 Prozent. Die Ost-West-Differenzen werden in den verschiedenen Studien jedoch sehr uneinheitlich dargestellt: Während die IPOS-Studien die Differenz zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen hinsichtlich des politischen Interesses bei 10 Prozentpunkten sehen, findet man bei der Frage im ALLBUS 1994 eine Differenz von nur knapp 5 Prozentpunkten.

7 Im Jugendsurvey wurden in der Regel drei Bildungskategorien unterschieden: eine obere (Hochschulreife, Fachhochschulreife, in der DDR vor allem Abschluß der erweiterten Oberschule [EOS]), eine mittlere (mittlere Reife über den Realschulabschluß im Westen, in der DDR Abschluß der 10. Klasse der polytechnischen Oberschule [POS] als Regelabschluß), und eine untere Kategorie (Hauptschulabschluß oder kein Abschluß, in der ehemaligen DDR ein Abgang von der POS aus der 8. Klasse). Vgl. M. Gille u. a. (Anm. 3), S. 65 ff. Für die Schüler wurde der angestrebte Bildungsabschluß berücksichtigt.

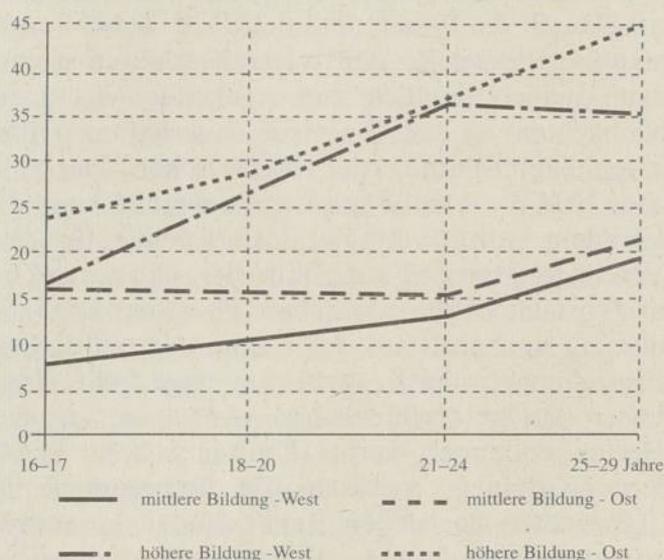
Altersgruppen der 16- bis 29jährigen im Jugendsurvey 1992 lassen sich zunehmende Werte des Anteils stark Interessierter ebenso wie abnehmende Werte gering Interessierter über die Altersgruppen beobachten. Im Westen liegt der Anteil der stark Interessierten unter den 16- bis 17jährigen bei 11,9 Prozent, steigt dann bei den 18- bis 20jährigen auf 19,4 Prozent, beträgt bei den 21- bis 24jährigen 21,1 und den 25- bis 29jährigen 23,1 Prozent. Die entsprechenden Werte für die neuen Bundesländer steigen von 18 Prozent für die jüngste Altersgruppe auf 26,3 Prozent für die 25- bis 29jährigen; hier läßt sich ein gleichmäßiger, eher moderater Anstieg ablesen. Andere Jugendstudien berichten deutlichere Differenzen der jüngeren Altersgruppen im Vergleich zu den älteren: In der IPOS-Jugendstudie 1995 sind es im Westen etwa 11 Prozent der 14- bis 17jährigen, die sich stark für Politik interessieren, bei den folgenden Altersgruppen (bis 27) liegen die Werte über 24 Prozent, bei den 25- bis 27jährigen sind es sogar 36 Prozent. Und auch in der Emnid-Umfrage für den „Spiegel“ 1994 (14- bis 29jährige) sind die Altersgruppen unter 18 Jahren deutlich geringer interessiert an politischen Themen als die älteren Befragten. Der gleiche Zusammenhang gilt auf niedrigerem Niveau im Osten.

Festgehalten werden soll an dieser Stelle noch, daß auch bei den Erwachsenen mit höherem Lebensalter das Interesse an Politik noch weiter zunimmt. In den ALLBUS-Umfragen von 1992 und 1994 sind jeweils die über 29jährigen stärker an Politik interessiert als die 18- bis 29jährigen (die Werte im ALLBUS 94: im Westen 28,9 Prozent gegenüber 19,9 Prozent, im Osten 28,5 Prozent zu 15,1 Prozent).

Die kombinierte Betrachtung von Bildungsniveau und Alter (im Jugendsurvey 1992) liefert noch einen interessanten Hinweis. Die Ergebnisse weisen darauf hin, daß der Alterseffekt bezüglich eines zunehmenden politischen Interesses hauptsächlich der oberen Kategorie der Bildungsabschlüsse (Abitur/Fachabitur/EOS im Osten) geschuldet ist. Der Anteil der politisch sehr stark bzw. stark Interessierten steigt von der jüngsten zur ältesten Altersgruppe in den beiden unteren im Jugendsurvey unterschiedenen Bildungsgruppen relativ gering, der Anstieg liegt zumeist unter 10 Prozentpunkten. In der obersten Bildungskategorie dagegen, die schon bei den jüngeren ein höheres politisches Interesse aufweist (hier sind im wesentlichen die Schüler enthalten, die einen Abiturabschluß anstreben), ist im Westen wie im Osten die Differenz der 16- bis 17jährigen zu den 25- bis 29jährigen knapp 20

Prozentpunkte (s. Schaubild 1). Dazu tragen vor allem die Studenten bei, die ja die höchsten Werte beim Politikinteresse aufweisen. Aber auch bei den nicht bzw. nicht mehr Studierenden läßt sich noch ein stärkerer altersspezifischer Anstieg in der höchsten Bildungsgruppe feststellen, vor allem auch in den neuen Bundesländern. Insgesamt stützen diese Ergebnisse die Aussage, daß für die Ausbildung eines Interesses an Politik im Lebensverlauf eine höhere Ausbildung entscheidend ist.

Schaubild 1: Politisches Interesse Jugendlicher nach Altersgruppen und Bildungsabschluß 1992 (in Prozent)



In die Grafik gingen die Befragten mit höchstens Hauptschulabschluß nicht ein, da die entsprechenden Gruppen zu geringe Fallzahlen aufwiesen. Bei Schülern wurde der angestrebte Bildungsabschluß verwendet. Das politische Interesse wurde mittels einer fünfstufigen Skala erfaßt: sehr stark/stark/mittel/wenig/überhaupt nicht. Für dieses Schaubild wurden die Kategorien sehr stark und stark zusammengefaßt.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992.

Informationen über das politische Interesse junger Bürger sind nun insofern von besonderer Bedeutung, als dem politischen Interesse ein großer Einfluß auf die aktive Beteiligung am politischen Geschehen zugesprochen wird. Auch für die Gruppe der Jugendlichen im Jugendsurvey ergaben sich deutliche Beziehungen zum Engagement in politischen Organisationen und Verbänden sowie auch zu Verhaltensbereitschaften im konventionellen und nichtkonventionellen Bereich⁸. Im Abschnitt über Partizipation weiter unten wird darauf näher eingegangen.

⁸ Vgl. Helmut Schneider, Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel, in: U. Hoffmann-Lange (Anm. 3).

III. Vertrauen in politische Institutionen

Wenn das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik thematisiert wird, wird immer wieder auch ihre Haltung zu den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen sowie zum politisch institutionellen System insgesamt kommentiert. Der Tenor solcher Äußerungen ist nicht selten negativ. Der Trend, so heißt es beispielsweise bei Hans-Joachim Veen⁹, laufe auf eine „Erosion des institutionellen Bewußtseins“ hinaus. Die Daten, auf denen diese Feststellungen und Urteile basieren, sind allerdings selten befriedigend, insbesondere stützen sie als Einpunktmesungen keine Tendaussagen.

Tendaussagen erlaubt auch der Jugendsurvey mit seiner ersten Welle nicht. Nicht zuletzt auch um diesem grundsätzlichen Mangel an Zeitreihendaten zu begegnen und somit Entwicklungen im Bereich politischer Orientierungen von Jugendlichen nachzeichnen zu können, ist der DJI-Survey als replikative Untersuchung mit etwa fünfjährigem Rhythmus konzipiert. Allerdings haben wir gleichzeitig auch Fragen aus anderen Untersuchungen übernommen, so daß sich hierüber bereits jetzt, zumindest punktuell, durch die Reanalyse anderer Daten Zeitvergleiche vornehmen lassen.

Im folgenden soll zunächst anhand des Jugendsurveys der Aspekt der affektiven Unterstützung, den das institutionelle System in der Bundesrepublik erfährt, betrachtet werden. Die fünfzehn Institutionen und Organisationen, die wir von den Befragten unter dem Aspekt des Vertrauens beurteilen ließen, repräsentieren die Bereiche der Exekutive, der Legislative, der Rechtsprechung, der Medien, der Großorganisationen sowie der selbstorganisierten Assoziationen von Bürgern.

Der Transformationsprozeß, der durch die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands in Gang

⁹ Vgl. Hans-Joachim Veen, Die neue Spontaneität – Empirische Ergebnisse zur Erosion des institutionellen Bewußtseins bei Jüngeren, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Wahrheit statt Mehrheit?, München 1986, S. 105–123. Ähnlich: Walter Jaide, System und Bewegungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland. Geschichte – Bewußtsein, Schriftenreihe Bd. 273, Bonn 1989, S. 170–180; Herbert Döring, Aspekte des Vertrauens in Institutionen. Westeuropa im Querschnitt der internationalen Wertestudie 1981, in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 73–89; IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik in Deutschland, Mannheim 1992.

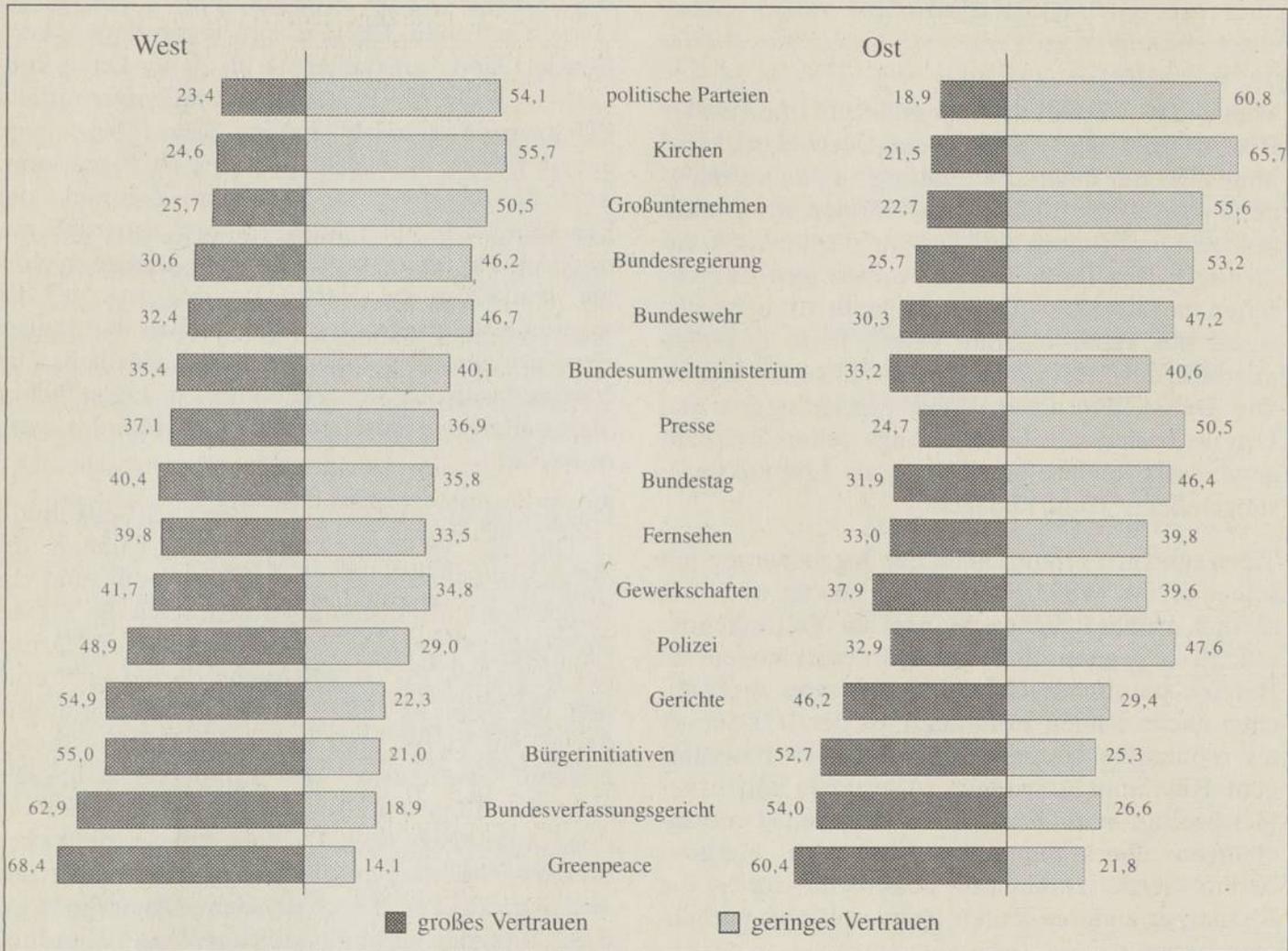
gebracht worden ist, lenkt das Interesse verständlicherweise auf die Frage, wie die Bürger der neuen Bundesländer damit zurechtkommen, daß sie auf allen staatlichen Ebenen mit Institutionen konfrontiert sind, mit denen sie bis dahin keine konkreten, sondern bestenfalls medienvermittelte Erfahrungen gemacht haben. Schon bei einem ersten Blick auf das Schaubild 2 ist bemerkenswert, daß bereits Ende 1992, zum Zeitpunkt der Erhebungen für den Jugendsurvey, also nach nur zwei Jahren gemeinsamer Institutionengeschichte, die Strukturen des Vertrauens der ost- und der westdeutschen befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen sich außerordentlich gleichen. Das Vertrauensniveau der ostdeutschen Jugendlichen bleibt allerdings durchgängig unter dem der westdeutschen.

Das geringste Vertrauen genießen nach Schaubild 2 in Ost und West die Parteien, die Kirchen, die Großunternehmen, die Bundesregierung und die Bundeswehr; im Osten außerdem noch die Presse. Im Westen vertraut etwa ein Viertel bis ein Drittel der befragten 16- bis 29-jährigen diesen Institutionen; im Osten ist diese Gruppe jeweils kaum größer als ein Viertel aller Befragten. Demgegenüber werden Greenpeace, das Bundesverfassungsgericht, die Bürgerinitiativen sowie die Gerichte von der Hälfte bis zu zwei Dritteln der westdeutschen Heranwachsenden im oberen Bereich des Vertrauens plaziert. Für die ostdeutschen Befragten gilt diese Rangplatzierung in gleicher Weise, allerdings mit geringeren Prozentanteilen.

Während sich für Ost und West eine nahezu gleiche Rangfolge der Institutionen insgesamt ergibt, ist zugleich jedoch ein Ost-West-Gefälle des Vertrauensniveaus erkennbar. Obwohl diese Differenz deutlich ist, wäre durchaus auch ein weitaus dramatischerer Abstand nicht überraschend gewesen angesichts der Unterschiedlichkeit der politischen Systeme, in denen die Befragten der beiden Teile Deutschlands jeweils aufgewachsen sind, und angesichts der Neuartigkeit und Unvertrautheit, die das institutionelle westliche System für die ostdeutschen Jugendlichen besitzt. Verschiedene Untersuchungen aus den Jahren 1990 und 1991 stützen die Annahme, daß diese relativ geringen Differenzen zwischen Ost und West eher das Ergebnis eines rapiden Angleichungsprozesses in den ersten beiden Jahre gemeinsamer Staatlichkeit sind als das Ergebnis einer medienvermittelten antizipatorischen Sozialisation in das institutionelle Gefüge Westdeutschlands¹⁰.

¹⁰ Vgl. ausführlich hierzu Winfried Krüger, Vertrauen in Institutionen, in: U. Hoffmann-Lange (Anm. 3), S. 260 ff.

Schaubild 2: Vertrauen west- und ostdeutscher Jugendlicher in Institutionen und Organisationen 1992 (in Prozent)



Die Vertrauensurteile wurden auf einer Skala von 1 (= „überhaupt kein Vertrauen“) bis 7 (= „sehr großes Vertrauen“) gegeben. Die Antworten auf den Skalenwerten 1–3 wurden als „geringes Vertrauen“, die Antworten auf den Skalenwerten 5–7 als „großes Vertrauen“ definiert.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992.

Unter dem Aspekt, daß das institutionelle System von den Bürgern nicht nur als Gesamtensemble wahrgenommen wird, sondern sich auch nach Funktionszusammenhängen und Aufgabenbereichen strukturiert, sollen zwei Gruppen von Institutionen getrennt betrachtet werden: einmal die Parteien, der Bundestag und die Bundesregierung als Institutionen etablierter Politik sowie zum anderen Bürgerinitiativen und Greenpeace als die Institutionen, die neue, alternative Politikinhalt außerhalb des verfaßten Systems zu organisieren versuchen. Faßt man die Vertrauensurteile zu den Institutionen der beiden Politikbereiche jeweils zusammen, zeigt sich, daß der etablierten Politik nur von einer Minderheit der Befragten großes Vertrauen entgegengebracht wird. Im Osten ist der Anteil noch geringer als im Westen. Anders beim alternativen Politikbereich: Hier sind es im Westen wie im Osten jeweils etwa die Hälfte oder

mehr aller jungen Leute, die diesen Institutionen Vertrauen bezeugen.

Die naheliegende Erwartung, daß das Vertrauen in alternative bzw. etablierte Institutionen die Befragten eindeutig polarisieren würde, wird allerdings nicht bestätigt. Vielmehr ist es so, daß die Befragtengruppe, die der traditionellen Politik Vertrauen entgegenbringt, durchaus auch Vertrauen gegenüber alternativer Politik an den Tag legt.

Der Mangel an Vertrauen in das institutionelle System einer Gesellschaft steht im Zusammenhang mit anderen Einstellungen zum politischen System, wie etwa dem Grad der generellen Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht: Je geringer das Vertrauen in die Institutionen der etablierten Poli-

tik, um so geringer auch die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik¹¹.

Der Mangel an Vertrauen in das institutionelle System einer Gesellschaft kann darüber hinaus auch damit zusammenhängen, daß die Bürger nicht den Eindruck haben, daß ihre Interessen und Ansprüche, soweit sie diese an das politische System und seine Akteure adressieren, berücksichtigt werden. Konkret geht es also um die Meinung der Befragten darüber, ob sich die Politiker viel darum kümmern, was die Bürger denken, ob sie nur gewählt werden wollen und an den Wünschen der Wähler gar nicht interessiert sind und ob die Bürger überzeugt davon sind, Einfluß auf das Handeln der Regierung nehmen zu können. Die Antworten auf diese und ähnliche Fragen im Jugendsurvey lassen sich derart zusammenfassen, daß zwei Haltungen gegenüber dem politischen System und seinen Akteuren unterscheidbar werden¹². Die erste – sie ist im Westen bei einem Drittel (32,1 Prozent), im Osten bei etwa einem Viertel (23,7 Prozent) aller Befragten zu finden – ist stark von der Überzeugung geprägt, daß das politische System und die Politiker bereit sind, Ansprüche und Interessen der Bürger aufzunehmen; die zweite ist von der Einschätzung bestimmt, daß eine solche Reaktion von seiten des Systems und seiner Akteure kaum zu erwarten ist; sie wird im Westen von einem Viertel (26 Prozent), im Osten von rund einem Drittel (31,8 Prozent) geteilt. Die These, daß ein geringes Vertrauen in die Institutionen der etablierten Politik eng zusammenhängt mit Zweifeln an der Reaktionsfähigkeit (Responsivität) des politischen Systems und seiner Akteure, läßt sich somit ebenfalls mit den Daten des Jugendsurveys belegen¹³.

Geringes Vertrauen in das institutionelle System etablierter Politik (also in die Parteien, das Parlament und die Regierung) geht also einher mit einer geringeren Zufriedenheit der Jugendlichen mit der Demokratie (so wie sie in der Bundesrepublik besteht) und hängt auch zusammen mit abnehmendem Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft und Reaktionsfähigkeit des politischen Systems und seiner Akteure. Im Hinblick auf das

11 Die Korrelationskoeffizienten sind für West $r = .41$, für Ost $r = .43$. Das bedeutet, daß der oben genannte Zusammenhang relativ stark ist. Ein Wert von 0 würde bedeuten, daß kein Zusammenhang besteht; ein Wert von 1 wäre der höchste Wert.

12 Vgl. hierzu, insbesondere zur Indexbildung, Ursula Hoffmann-Lange u. a., Kognitive politische Mobilisierung und politisches Vertrauen, in: U. Hoffmann-Lange (Anm. 3), S. 360 ff.

13 Die Korrelationskoeffizienten sind für West $r = .37$, für Ost $r = .36$.

Vertrauen in alternative Politikformen (repräsentiert in Bürgerinitiativen und Greenpeace) sind diese Zusammenhänge jedoch so nicht zu finden. Der alternative Politikbereich findet Vertrauen weitgehend unabhängig davon, ob die Befragten mit der Demokratie zufrieden sind oder von der Responsivität des politischen Systems überzeugt sind.

Um nun noch die bereits oben angesprochene Entwicklung des Institutionenvertrauens im Zeitverlauf für verschiedene Altersgruppen einschätzen zu können, haben wir über die DJI-Surveydaten hinaus die hierzu vorliegenden Daten der jährlich durchgeführten Umfragen von IPOS reanalysiert¹⁴. Für jeden Erhebungszeitpunkt wurden dazu jeweils alle Institutionen zu einem Durchschnittswert zusammengefaßt – getrennt für zwei Altersgruppen, nämlich 18- bis 29 Jahre und 30 Jahre und älter, sowie außerdem nach alten und neuen Bundesländern. Die Schaubilder 3a und 3b lassen verschiedenes erkennen. Zum einen ist der bereits erwähnte Unterschied im Vertrauensniveau zwischen Ost und West klar erkennbar. Zum zweiten wird deutlich, daß die Vertrauenswerte sowohl im Osten wie auch im Westen einen ähnlichen Trend aufweisen: Die Vertrauensentwicklung ist danach gekennzeichnet durch einen Abwärtstrend in den frühen neunziger Jahren, der in den alten Bundesländern 1992, in den neuen 1993 endet¹⁵. Seit 1993 ist eine leichte Zunahme des Institutionenvertrauens festzustellen.

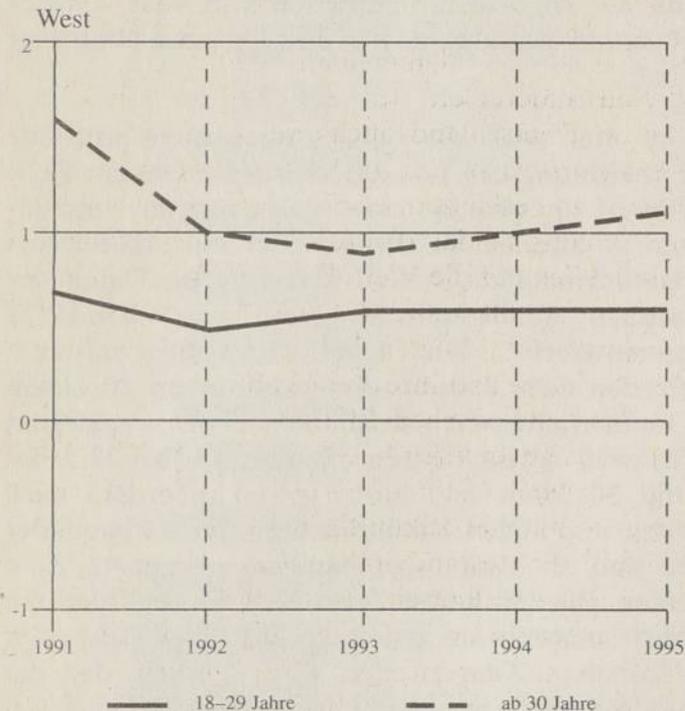
Deutlich wird weiter, daß die Vertrauenswerte der erwachsenen Alterskohorten – hier der Bevölkerungsgruppen, die zum Befragungszeitpunkt 30 Jahre oder älter waren – im Westen sich vor allem im Skalenbereich über 1 bewegen, im Osten dagegen deutlich näher am Skalennullpunkt. Mit einer Verschiebung zu noch niedrigeren Vertrauenswerten sind die gleichen Ost-West-Unterschiede auch bei den jüngeren Kohorten zu finden.

Die Differenz der Vertrauenswerte zwischen den Jugendlichen einerseits und den Erwachsenenkohorten andererseits ist zwar gegeben, aber nicht sehr beträchtlich. Die Frage, ob diese Differenz tatsächlich die Feststellung eines besonderen Vertrauensdefizits bei den jüngeren Kohorten

14 Die IPOS-Studien wurden erstmals 1984, in den neuen Bundesländern ab 1990 bzw. mit gleichem Fragebogen ab 1991 durchgeführt. 1994 fiel diese IPOS-Studie wegen der zahlreichen wahlbezogenen Umfragen während dieses Jahres aus.

15 Oder auch 1994, für das ja kein Wert existiert.

Schaubild 3a: Vertrauen westdeutscher Jugendlicher in Institutionen: Durchschnittliche Mittelwerte über alle Institutionen nach Altersgruppen im Zeitverlauf



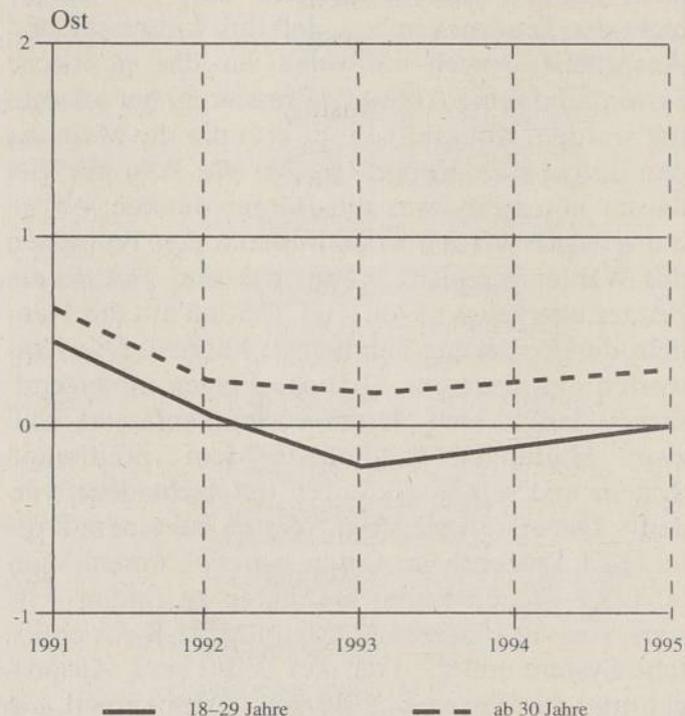
Die Mittelwerte können nach der zugrundeliegenden Skala Werte zwischen -5 und +5 annehmen. Je höher der Wert, desto größer das Vertrauen.

Die Liste von IPOS enthält folgende Institutionen: Bundesverfassungsgericht, Gerichte, Polizei, Bundesrat, Landesregierung, Bundeswehr, Bundestag, Fernsehen, Presse, Kirchen, Gewerkschaften, Bundesregierung, Parteien (ab 1992).

Für 1994 liegen keine Werte vor; die entsprechenden Linienabschnitte im Schaubild wurden durch Interpolation bestimmt.

Quelle: IPOS 1991 bis 1995 (ohne 1994), eigene Berechnungen.

Schaubild 3b: Vertrauen ostdeutscher Jugendlicher in Institutionen: Durchschnittliche Mittelwerte über alle Institutionen nach Altersgruppen im Zeitverlauf



Quelle: IPOS 1991 bis 1995 (ohne 1994), eigene Berechnungen.

lichen Entwicklung, bei der es innerhalb der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte immer weniger zu verteilen gab.

IV. Wertorientierungen

stützt, ist nicht ohne weiteres zu bejahen. Das Institutionenvertrauen scheint vielmehr insgesamt seit Mitte der achtziger Jahre leicht zurückzugehen. Dies betrifft sogar stärker noch als die jüngeren Kohorten die der ab 30jährigen, so daß die Differenz zwischen jugendlichen und erwachsenen Bürgern der Bundesrepublik hinsichtlich ihres Vertrauens in das institutionelle System geringer wird. Wir vermuten, daß sich in dieser Entwicklung zwei Effekte mischen: erstens der generelle Wertewandel, der sich bei den älteren Kohorten in einem stärkeren Maß an distanzierter Skepsis gegenüber den Institutionen niederschlägt, und zweitens insgesamt eine mehr outputbegründete Distanz gegenüber dem institutionellen System angesichts einer gesellschaft-

Werte bzw. Wertorientierungen sind grundlegende Orientierungsleitlinien für menschliches Handeln. Sie verkörpern keine temporären Einstellungen, sondern sind relativ stabile, in der Persönlichkeitsstruktur verankerte Orientierungen, die in einem längerfristigen Sozialisationsprozeß insbesondere im Kindes- und Jugendalter erworben werden. Werten kommt daher eine große Bedeutung zu für die Herausbildung von Einstellungen und Verhaltensbereitschaften im allgemeinen und für politische Orientierungen und Aktivitätsbereitschaften im besonderen. Im folgenden sollen die Wertorientierungen Jugendlicher im Ost-West-Vergleich dargestellt sowie der Zusammenhang von Werten und politischen Orientierungen exemplarisch beschrieben werden.

Die aktuelle Wertediskussion in Deutschland wird einerseits bestimmt durch allgemeine Wertewandelthesen, wie sie vor allem durch Ronald Inglehart und Helmut Klages vertreten werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg, so die Thesen, änderten sich mit den weiter voranschreitenden Modernisierungsprozessen die Sozialisationsbedingungen junger Menschen dahingehend, daß soziale Sicherheit und wirtschaftlicher Wohlstand für die heranwachsenden Generationen zu einer Selbstverständlichkeit wurden. Gerade diese gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse haben nach Inglehart¹⁶ einen Wandel in den Wertorientierungen junger Menschen ausgelöst, der durch einen Bedeutungsverlust materialistischer Werte zugunsten eines Bedeutungsgewinnes postmaterialistischer Werte gekennzeichnet ist. Für „materialistisch“ orientierte Personen haben wirtschaftliche Belange und die Befriedigung von Sicherheitsbedürfnissen Priorität, während für „postmaterialistische“ Personen nicht-wirtschaftliche Belange sowie Selbstverwirklichung und auch gesellschaftliche Mitbestimmung Vorrang haben.

Die Bedeutungszunahme von Werten der Selbstentfaltung ist auch für Klages¹⁷ das Hauptmerkmal des Wertewandels in der Bundesrepublik seit Mitte der sechziger Jahre; aber nach den Vorstellungen von Klages muß die Zunahme von Selbstentfaltungswerten nicht notwendigerweise mit einer Abnahme von Werten der Pflicht und Akzeptanz verbunden sein. Für Klages ist daher auch eine Werte-Koexistenz möglich, d.h. ein Bedeutungsgewinn von Werten der Selbstverwirklichung bei gleichbleibender Wichtigkeit von konventionellen Werten.

Die empirischen Belege dafür, daß ein entsprechender Wertewandel in der Bundesrepublik stattgefunden hat, sind reichhaltig¹⁸. Während für Inglehart die Bedeutungszunahme postmaterialistischer Werte mehr oder minder einen linearen Trend darstellt, konnten Klages und seine Forschungsgruppe Ende der achtziger Jahre mit der Entdeckung des neuen Wertetyps „hedonistischer Materialist“ eine neue Richtung des Wertewandels

ausmachen. Die Wertekoexistenz bzw. Wertesynthese zwischen der hedonistischen Komponente der Selbstentfaltungswerte mit einzelnen Teilen der Pflicht- und Akzeptanzwerte gewann offensichtlich an Bedeutung, insbesondere bei jungen Menschen¹⁹.

Neben diesen allgemeinen Wertewandeltrends spielen andererseits für die Wertewandeldiskussion in Deutschland auch spezielle Aspekte des Wertewandels in der DDR und in den jetzigen neuen Bundesländern eine wichtige Rolle. Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten stellte sich im Hinblick auf die Wertorientierungen die Frage, inwieweit in West und Ost ähnliche Wertewandelprozesse stattgefunden haben und inwieweit die Wende selbst und ihre Verarbeitung insbesondere bei den Ostdeutschen Einfluß auf die Wertorientierungen genommen haben. Wie ähnlich sind sich Jugendliche in Ost und West in ihren Wertorientierungen? Wird es zukünftig eher getrennte, eigenständige Wertewandelprozesse in Ost und West geben, oder ist hier eine gemeinsame Entwicklung zu erwarten?

Für die These eines parallelen Wertewandels im Osten sprechen die Ergebnisse des Zentralen Institutes für Jugendforschung (Leipzig) in der DDR, das seit Mitte der siebziger Jahre in seinen regelmäßig durchgeführten Jugendbefragungen eine Zunahme von Werten der Selbstentfaltung und des Hedonismus bei Jugendlichen in der DDR feststellen konnte. Mit diesem Wertewandel war auch eine nachlassende Bereitschaft der Jugend verbunden, gesellschaftliche Pflichten ernst zu nehmen bzw. gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen²⁰. Für die Parallelität des Wertewandels im Osten bereits vor der Wende sprechen auch die zum Westen parallel verlaufenden Modernisierungstendenzen wie z.B. die Verstärkung der Siedlungsweise und die Bildungsexpansion²¹, die

19 Vgl. Willi Herbert, Wertewandel in den 80er Jahren: Entwicklung eines neuen Wertemusters?, in: Heinz Otto Luthé/Heiner Meulemann (Hrsg.), Wertewandel – Faktum oder Fiktion? Frankfurt am Main – New York 1988, S. 140–160; ders., Wertstrukturen 1979 und 1987: Ein Vergleich ihrer politischen Implikationen, in: Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert, Werte und Wandel, Frankfurt am Main – New York 1992, S. 69–126.

20 Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/90, S. 35 f.; Thomas Gensicke, Mentalitätswicklung im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren, Speyerer Forschungsbericht Nr. 109, Speyer 1992. Anmerkung der Redaktion: Siehe auch den Beitrag von Peter Förster und Walter Friedrich in diesem Heft.

21 Vgl. Thomas Gensicke, Werte und Wertewandel im Osten Deutschlands, in: H. Klages/H.-J. Hippler/W. Herbert (Anm. 19), S. 672–694.

16 Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution in Europe – Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: American Political Science Review, 65 (1971), S. 991–1017; ders., Kultureller Umbruch, Frankfurt am Main – New York 1989.

17 Vgl. Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt am Main 1985²; ders., Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft, Frankfurt am Main – New York 1993.

18 Vgl. R. Inglehart (Anm. 16); Helmut Klages/Willi Herbert, Wertorientierung und Staatsbezug, Frankfurt am Main – New York 1983; H. Klages (Anm. 17).

insbesondere verantwortlich für die Verbreitung von Selbstentfaltungswerten sind, wie Hans Bertram und Helmut Klages empirisch nachgewiesen haben²².

Gemäß der Annahme eines parallelen Wertewandels in Ost und West finden sich in den repräsentativen Jugendbefragungen seit 1990 erstaunlich große Übereinstimmungen in den Wertorientierungen junger Menschen²³, wie auch die Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys zeigen. Hier werden Wertorientierungen junger Menschen zum einen in einer sehr allgemeinen Weise über persönliche Wertschätzungen von unterschiedlichen Eigenschaften bzw. Verhaltensweisen erfaßt, und zum anderen findet auch der *Postmaterialismus-Index* von Inglehart²⁴ Anwendung, der als Standardinstrument zur Erfassung postmaterialistischer Orientierungen international benutzt wird und auch Vergleichsmöglichkeiten mit repräsentativen Bevölkerungsumfragen in der Bundesrepublik bietet.

Aus dem Fragebereich des Jugendsurveys zu den allgemeinen Wertorientierungen werden hier die beiden Wertedimensionen Selbstentfaltung und

22 Vgl. H. Klages (Anm. 17); ders., *Wertedynamik: Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen*. Zürich 1988; Hans Bertram, *Einstellung zu Kindheit und Familie*, in: ders. (Hrsg.), *Die Familie in Westdeutschland*, Opladen 1991, S. 429–460; ders., *Selbstverwirklichung im Beruf – Kinder und Ehe als Lebenssinn*, in: ders. (Hrsg.), *Die Familie in den neuen Bundesländern*, Opladen 1992, S. 215–238.

23 Vgl. Imbke Behnken u. a., *Schülerstudie '90*, Weinheim–München 1991; *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.), *Jugend '92*, 4 Bände, Opladen 1992; Deutsches Jugendinstitut, *Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit*, Opladen 1992; Hans-Joachim Veen u. a., *Eine Jugend in Deutschland?*, Opladen 1994; Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) (Hrsg.), *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland*, Mannheim 1993; ders., *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland*, Mannheim 1995; Institut für empirische Psychologie, *„Wir sind o.k.“ Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den 90er Jahren*, Köln 1995; U. Hoffmann-Lange (Anm. 3).

24 Der Postmaterialismus-Index von Inglehart basiert auf einer Rangordnung von vier politischen Zielen, je zwei „materialistischen“ und zwei „postmaterialistischen“. Die beiden materialistischen Ziele sind „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande“ und „Kampf gegen die steigenden Preise“. Die beiden postmaterialistischen Ziele sind „Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ und „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“. Als (reine) Postmaterialisten bzw. (reine) Materialisten werden diejenigen Befragten klassifiziert, die beide postmaterialistischen bzw. beide materialistischen Ziele auf die ersten beiden Ränge setzen. Befragte, die einem postmaterialistischen Ziel den ersten Rang und einem materialistischen Ziel den zweiten Rang geben, werden als „gemischt postmaterialistisch“ bezeichnet. Befragte, die einem materialistischen Ziel den ersten Rang und einem postmaterialistischen Ziel den zweiten Rang geben, werden „gemischt materialistisch“ genannt.

Konventionalismus herausgegriffen, da in der Wertewandeldiskussion hauptsächlich auf Veränderungen dieser beiden Dimensionen Bezug genommen wird und diese Wertorientierungen in besonderem Maße Einfluß nehmen auf die Entwicklung politischen Interesses und politischer Verhaltensbereitschaften²⁵. Werte der Selbstverwirklichung, wie z. B. Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit, sind jungen Menschen heute am wichtigsten. Konventionelle Werte, die Pflicht- und Leistungsbereitschaften sowie materielle Orientierungen beinhalten, haben demgegenüber deutlich geringere Bedeutung. Dabei wird aber die Wichtigkeit dieser Werte keineswegs als unvereinbar angesehen mit einem Streben nach Selbstentfaltung. Eine Orientierung an Selbstentfaltung kann durchaus mit konventionellen Zielsetzungen einhergehen. Gerade die Synthese dieser theoretisch scheinbar widersprüchlichen Wertebereiche spielt für junge Menschen heute eine große Rolle²⁶.

Die besondere Bedeutung von Werten der Selbstentfaltung gerade für jüngere Menschen wiesen Klages und seine Forschungsgruppe mit Kohortenanalysen anhand von repräsentativen Erhebungen in der Gesamtbevölkerung vielfach nach²⁷. Die älteren Geburtskohorten zeichnen sich dabei durch einen hohen Anteil von Konventionalisten aus, während die jüngeren Kohorten deutlich stärker Werte der Selbstentfaltung und des Hedonismus vertreten. Dies gilt – wie repräsentative Querschnitterhebungen von 1990 und 1993 zeigen – sowohl für West- als auch für Ostdeutsche. Auch die materialistischen und postmaterialistischen Zielvorstellungen Ingleharts zeigen eine deutliche Altersabhängigkeit, wie sich anhand der Daten des ALLBUS 1992 veranschaulichen läßt. Die 18- bis 29-jährigen sind weitaus stärker postmaterialistisch bzw. weniger materialistisch orientiert als beispielsweise jene Befragten, die 60 Jahre und älter sind. Die Ähnlichkeit der Alterseffekte – die hier als Generationseffekte interpretiert werden – in West und Ost weist darauf hin, wie weit der allge-

25 Vgl. ausführlich hierzu Martina Gille, *Wertorientierungen und Geschlechtsrollenorientierungen im Wandel*, in: U. Hoffmann-Lange (Anm. 3), S. 109–158.

26 Vgl. Helmut Klages/Thomas Gensicke, *Wertewandel in den neuen Bundesländern. Fakten und Deutungsmodelle*, in: H. Klages 1993 (Anm. 17), S. 215–238; M. Gille (Anm. 25), S. 121 f.

27 Vgl. H. Klages/T. Gensicke (Anm. 26); Thomas Gensicke, *Modernisierung, Wertewandel und Mentalitätentwicklung in der DDR*, in: Hans Bertram/Stefan Hradil/Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), *Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern*, Berlin 1995, S. 101–140.

Tabelle 1: Wichtigkeit von Werten der Selbstentfaltung und des Konventionalismus nach Region 1992 (Prozent und Mittelwerte)

| | West | Ost |
|--|-------|-------|
| <i>Aspekte der Dimension Selbstentfaltung¹⁾:</i> | | |
| kritisch sein | 64,0 | 65,4 |
| eigene Fähigkeiten entfalten | 77,0 | 78,8 |
| unabhängig sein | 67,8 | 68,9 |
| sich gegen Bevormundung wehren | 71,5 | 74,4 |
| sich selbst verwirklichen | 69,4 | 71,2 |
| durchsetzungsfähig sein | 66,9 | 72,6 |
| <i>Aspekte der Dimension Konventionalismus¹⁾:</i> | | |
| ein hohes Einkommen anstreben | 61,2 | 75,5 |
| ehrgeizig sein | 47,9 | 61,2 |
| etwas leisten | 63,5 | 79,9 |
| auf Sicherheit bedacht sein | 56,3 | 64,1 |
| pflichtbewußt sein | 57,7 | 73,6 |
| sich anpassen | 31,4 | 30,5 |
| Wertdimension Selbstentfaltung ²⁾ : | 8,1 | 8,3 |
| Wertdimension Konventionalismus ²⁾ : | 7,3 | 7,8 |
| N = | 3 970 | 2 113 |

1) Anteil der Befragten (18–29 Jahre), die die Skaleneinheiten 8 bis 10 gewählt haben, in Prozent. Die Skala der Antwortvorgaben reicht von 1 (= überhaupt nicht wichtig) bis 10 (= sehr wichtig).

2) Zur Indexbildung: Die Einzelitems zu Selbstentfaltung bzw. Konventionalismus werden jeweils zu einem Summenindex aufaddiert und durch die Anzahl der eingehenden Items dividiert, so daß die Skala der Indizes mit der der Einzelitems übereinstimmt. Für die Indizes wird das arithmetische Mittel dargestellt.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992.

meine Wertewandel auch in den neuen Bundesländern vorangeschritten ist.

Während man also einerseits von einem parallel verlaufenden Wertewandel in West- und Ostdeutschland sprechen kann – insbesondere was die Zunahme an postmaterialistischen Orientierungen in der jüngeren Generation anging –, gab es andererseits auch eigenständige Wertewandelprozesse in der DDR, die sich bis heute fortgesetzt haben. Diese betrafen vor allem das verstärkte Streben der jungen DDR-Bürger nach Wohlstand, Luxus und Konsum, was den Dogmen der sozialistischen Ideologie und Erziehung entgegenlief. Der Bedeutungsanstieg sowohl hedonistischer als auch materialistischer Orientierungen vor der Wende war daher eng mit einer zunehmend kritischen Haltung gegenüber dem politischen System der DDR verknüpft. Sie wurde mitbeeinflusst durch die mas-

siven Wünsche nach Wohlstand und Konsummöglichkeiten, wie sie nur in der alten Bundesrepublik und anderen westlichen Gesellschaften befriedigt werden konnten. Das Nachholbedürfnis der DDR-Bürger nach uneingeschränktem Konsum verlor dann aber bereits kurz nach der Vereinigung an Bedeutung. Während sich 1990 noch 29 Prozent der 18- bis 29jährigen in den neuen Bundesländern dem Wertetyp „hedonistischer Materialist“, der nach Klages vor allem maximalen Lebensgenuß in der Konsumgesellschaft realisieren möchte, zuordnen ließen, waren es 1993 nur noch 21 Prozent²⁸.

Diese Abnahme von hedonistisch geprägten Konsumorientierungen ging jedoch einher mit relativ stabilen bzw. sogar leicht zunehmenden konventionalistischen Orientierungen. In allen empirischen Untersuchungen nach der Wende wird daher den jungen Menschen in Ostdeutschland auch eine stärkere Betonung traditioneller Werte bescheinigt. Die ostdeutschen Jugendlichen bewerten traditionelle Sekundärtugenden wie Pflicht, Anpassung und Leistung höher als Jugendliche im Westen. Zugleich sind ihnen Sicherheit und materieller Wohlstand wichtiger (vgl. Tabelle 1). Ähnliches zeigt sich im Wohlfahrtssurvey 1993 auch für die Erwachsenen. Die Ostdeutschen schreiben sich sehr viel häufiger eine konventionelle Lebensweise zu als die Westdeutschen²⁹.

Diese stärkere Gewichtung von Werten der Pflicht, Leistung und materiellen Sicherheit im Osten ist angesichts der vollkommenen Umstrukturierung der DDR-Gesellschaft eine plausible Reaktion. Die gesamte Lebensgrundlage hat sich für ostdeutsche Jugendliche verändert. Der Wegfall der umfassenden sozialen und beruflichen Absicherung, wie sie in der DDR bestand, führte angesichts der schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern zu Verunsicherungen und zu einem verstärkten Sicherheitsbedürfnis gerade auch bei jungen Menschen. Zugleich stand die Expansion konventioneller Werte nach der Wende in den neuen Bundesländern auch damit in Zusammenhang, daß Pflicht- und Leistungsgesichtspunkte in Antizipation der Forderungen einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft aufgewertet wurden.

28 Vgl. Thomas Gensicke, Pragmatisch und optimistisch: Über die Bewältigung des Umbruchs in den neuen Bundesländern, in: Hans Bertram (Hrsg.), Ostdeutschland im Wandel, Opladen 1995, S. 127–154.

29 Vgl. Annette Spellerberg, Alltagskultur in Ost- und Westdeutschland. Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, paper p 94–101, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1994, S. 19.

Mit der Bedeutungszunahme postmaterialistischer Wertorientierungen, die sowohl für die alten als auch für die neuen Bundesländer nachgewiesen werden konnte, steht nun auch das Aufkommen von neuen politischen Partizipationsformen wie Demonstrationen und anderen direkten politischen Aktionen in Zusammenhang³⁰. Auch die Ergebnisse des Jugendsurveys weisen auf diesen Zusammenhang hin. Selbstentfaltungswerte und postmaterialistische Orientierungen verstärken eine Aufgeschlossenheit gegenüber öffentlichen und politischen Belangen generell und die Neigung zur Nutzung direkter politischer Partizipationsformen im besonderen. Demgegenüber wirken konventionelle Werte in entgegengesetzter Richtung: Konventionalisten interessieren sich nur wenig für Politik, zugleich ist ihr politisches Engagement eher auf traditionelle Beteiligungsformen beschränkt.

Bei jenen Befragten, bei denen eine Synthese sowohl hedonistischer als auch konventioneller Werte zu finden ist (28,2 Prozent in den alten Bundesländern bzw. 39,1 Prozent in den neuen, DJI-Jugendsurvey 1992), setzen sich, wenn man den Einfluß von Werten auf die politische Partizipation betrachtet, eher die konventionellen Werte durch. Jugendliche, die eine Wertesynthese eingehen, weisen in bezug auf politische Interessiertheit und Engagementbereitschaft in den neuen sozialen Bewegungen ein ähnlich niedriges Niveau auf wie die rein konventionell orientierten Befragten. Insofern führt in den neuen Bundesländern die stärkere Ausprägung der Wertesynthese nicht zu einer stärkeren Aufgeschlossenheit gegenüber Politik. Dies spricht für die bereits oben vorgenommene Interpretation, daß die Ostdeutschen zwar Selbstentfaltungswerte in ihr Werterepertoire aufnehmen, jedoch auch an den traditionellen Werten festhalten³¹.

V. Politische Partizipation

Die Teilhabe der Bürger am politischen Prozeß kann als ein zentraler Aspekt demokratischer Ordnungen angesehen werden. Sowohl hinsichtlich der Legitimität politischer Ordnung als auch in bezug auf ihre Problembewältigungskapazitäten

30 Vgl. z.B. Samuel Barnes u. a., *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979.

31 Vgl. Martina Gille, Wertorientierungen und Wertewandel bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in: *Politische Studien*, 45 (1994), S. 44–67.

kommt ihr eine hervorragende Bedeutung zu. Von daher wird eine Untersuchung zum Verhältnis von Jugend und Politik sich mit der Frage beschäftigen müssen, in welchem Ausmaße politische Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen wahrgenommen und welche Partizipationsformen dabei bevorzugt werden.

Daß die Frage nach der politischen Partizipation insbesondere junger Menschen nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen heraus heute wieder Gegenstand von Diskussionen und öffentlichen Auseinandersetzungen geworden ist, dafür sind eine Reihe von Beobachtungen und Entwicklungen verantwortlich, die gerade in den letzten Jahren Fragen nach dem Verhältnis von Jugend und Politik neu aufgeworfen haben. So hatte die sogenannte „partizipatorische Revolution“, d.h. die Ausweitung und verstärkte Nutzung unkonventioneller, nichtinstitutioneller Partizipationsformen (vor allem Proteste, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen etc.), seit den sechziger Jahren in besonders starkem Maße die politische Mobilisierung von Teilen der *jüngeren* Generation bewirkt³². Nachdem die Popularität von nichtinstitutionalisierten Partizipationsformen dann in den achtziger Jahren wieder leicht zurückgegangen war, ist zu fragen, wie sich die Bereitschaft zu unkonventionellen Partizipationsformen heute darstellt und ob diese nach wie vor für Teile der Jugendlichen von großer Bedeutung sind.

Im Bereich der konventionellen, institutionalisierten Partizipationsformen (Wahl, Parteiarbeit) hat sich als Gegentrend zur politischen Mobilisierung im nichtinstitutionalisierten Bereich eine eher reduzierte Beteiligungsbereitschaft beobachten lassen, die sich z. B. durch eine geringere Wahlbeteiligung und geringere Parteiidentifikation insbesondere bei Jugendlichen ausdrückt³³. Zu fragen ist hier, ob die institutionalisierten Formen der Partizipation generell von den Jugendlichen heute stärker abgelehnt und skeptischer beurteilt werden oder ob es hier lediglich zu einer Ausweitung des Partizipationsrepertoires insgesamt gekommen ist, ob also konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen durchaus als kompatibel angesehen werden.

Schließlich spielt die Frage eine wichtige Rolle, wie insbesondere Jugendliche in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten sich hinsichtlich der verschiedenen Partizipationsformen verhalten. In der DDR, in der diese Jugendlichen zum

32 Vgl. z. B. S. Barnes u. a. (Anm. 30).

33 Vgl. z. B. Thomas Kleinhenz, *Die Nichtwähler*, Opladen 1995, S. 100 f.

großen Teil aufgewachsen sind, konnten zum einen lange Jahre nur sehr begrenzt Erfahrungen mit unkonventionellen Partizipationsformen gemacht werden; andererseits jedoch verfügen gerade die Jugendlichen aus den neuen Bundesländern über die für die politische Geschichte Deutschlands einzigartige Erfahrung einer gewaltlosen Protestbewegung, die zum politischen Umsturz des DDR-Regimes führte. Sowohl vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund als auch hinsichtlich einer generell vermuteten Abwendung „der Jugend“ von der etablierten Politik dürfte die Frage nach dem Partizipationsverhalten von Jugendlichen heute daher sehr interessant sein. Da in der Jugendpopulation tatsächliches Partizipationsverhalten noch eher begrenzt vorhanden ist, wollen wir uns im folgenden auf Fragen nach den Partizipationsbereitschaften konzentrieren, wohl wissend, daß die Werte für bekundete Verhaltensbereitschaft in der Regel um einiges höher liegen als die Werte für tatsächliches Verhalten.

Die Daten des DJI-Jugendsurveys aus dem Jahre 1992 verdeutlichen zunächst, daß „zur Wahl gehen“ nach wie vor von der überwiegenden Mehrheit der befragten Jugendlichen als eine zentrale Partizipationsform in Betracht gezogen wird, d. h., über 90 Prozent der befragten Jugendlichen halten die Beteiligung an Wahlen für eine Möglichkeit der politischen Teilhabe, die sie nutzen würden, um in einer Sache politisch Einfluß zu nehmen. Demgegenüber sind die anderen Formen institutioneller politischer Partizipation, die einen ganz erheblichen persönlichen Einsatz verlangen wie Parteiarbeit und Übernahme eines politischen Amtes, nur für Minderheiten von ca. 18 bis 24 Prozent jeweils denkbar.

Die hohe Zahl von Befragten, für die Wählen grundsätzlich als eine Möglichkeit der politischen Einflußnahme in Betracht kommt, läßt sich freilich nicht einfach als unkritisch-konventionelle Partizipationsbereitschaft identifizieren. Denn wie der DJI-Jugendsurvey ebenfalls zeigte, gibt es durchaus starke Minderheiten, die sich vorstellen können, die Teilnahme (oder Nichtteilnahme) an Wahlen als Ausdruck des Protestes oder der Kritik an den etablierten Parteien zu nutzen: Ca. 30 Prozent würden daher auch absichtlich nicht zur Wahl gehen, ca. 20 Prozent eine extreme Partei wählen. Zugleich jedoch lassen die Daten erkennen, daß das Wählen als klassische Form politischer Einflußnahme³⁴ für einen Großteil der befragten Jugendlichen nur als *eine* unter vielen denkbaren

Formen der Partizipation angesehen wird; andere, direktere problemorientierte und nichtinstitutionalisierte Partizipationsformen spielen im politischen Handlungsrepertoire der jungen Bürger offensichtlich eine ganz erhebliche Rolle. So sind ca. drei Viertel aller Befragten bereit, sich an einer Unterschriftensammlung zu beteiligen; mehr als zwei Drittel würden an genehmigten Demonstrationen teilnehmen, und mehr als die Hälfte an einem gewerkschaftlich organisierten Streik. Auch die Mitarbeit in Bürgerinitiativen kommt grundsätzlich noch für über 40 Prozent der befragten Jugendlichen in Betracht – ein deutlich höherer Wert als die Mitarbeit in Parteien (über 20 Prozent).

Im Vergleich zu diesen verschiedenen Formen unkonventioneller, aber legaler Partizipation fällt die Bereitschaft zu den verschiedenen illegalen Partizipationsformen (ziviler Ungehorsam) sowie zu gewaltverwandten Partizipationsformen deutlich niedriger aus. An nicht genehmigten Demonstrationen würden zwar noch ca. 27 Prozent im Westen und ca. 37 Prozent im Osten teilnehmen. Hausbesetzungen, wilder Streik oder gar politische Gewalt werden jedoch nur noch von kleinen Minderheiten in Betracht gezogen.

Insgesamt betrachtet dürften diese Daten verdeutlichen, daß sich die Ausweitung des Aktionsrepertoires der Jugendlichen um problemorientierte Beteiligungsformen weiter stabilisiert hat, ohne daß damit prinzipiell die konventionellen Partizipationsformen abgelehnt würden. Vielmehr werden problemorientierte Beteiligungsformen heute offensichtlich von vielen Jugendlichen als Teil eines normalen Repertoires an politischen Partizipationsformen wahrgenommen. Dies gilt übrigens für die neuen Bundesländer zum Teil stärker noch als für die alten: Insbesondere hinsichtlich einer Teilnahme an genehmigten, aber auch an nichtgenehmigten Demonstrationen sowie an gewerkschaftlichen Streiks sind die bekundeten Bereitschaften in den neuen Bundesländern höher als in den alten (was in der Regel als Ausdruck der Erfahrungen mit diesen Partizipationsformen in der Zeit des politischen Umbruchs angesehen wird).

Gleichwohl sollten die Zahlen nicht dazu verleiten, aus dieser bekundeten Akzeptanz von verschiedenen Partizipationsformen tatsächliche Partizipationspotentiale abzuleiten. Die prinzipielle Kluft zwischen Einstellung und Handlung dürfte sich wohl für die politische Partizipation Jugendlicher noch insofern vertiefen, als viele sich offensichtlich noch nicht in der Rolle eines politischen

34 Vgl. H. Schneider (Anm. 8), S. 303.

Akteurs sehen³⁵. Die innere Distanz zum Lebensbereich Politik³⁶ ist hier noch stärker ausgeprägt als bei anderen Altersgruppen; und das Interesse an Politik insgesamt ist – wie dargestellt – nur bei einer starken Minderheit vorhanden. Dies aber ist ein wichtiger Einflußfaktor für politische Partizipation. In der Literatur werden in der Regel eine Reihe von Einflußfaktoren der politischen Partizipation benannt, darunter soziodemographische (an erster Stelle die Schulbildung, weiterhin Alter und Geschlecht) wie auch gesellschaftliche und politische Orientierungen³⁷. Im folgenden sollen die in den vorausgehenden Kapiteln thematisierten Merkmale in ihrem Zusammenhang zu politischer Partizipation betrachtet werden, wobei wir insbesondere fragen wollen, welche Faktoren problemorientierte und unkonventionelle Partizipationsbereitschaften fördern.

Insgesamt tragen alle hier diskutierten Merkmale (höhere Schulbildung, Postmaterialismus, höheres politisches Interesse und geringes Vertrauen in etablierte politische Institutionen) in den alten wie den neuen Bundesländern zur Verstärkung von problemorientierten und nichtkonventionellen Partizipationsbereitschaften bei³⁸. Einen deutlichen Effekt weist das Bildungsniveau auf: Befragte mit höherem Bildungsabschluß zeigen eine stärkere Bereitschaft zu einem entsprechenden Engagement als solche mit Realschul- oder Hauptschulabschluß. Auch postmaterialistische

Orientierungen polarisieren deutlich hinsichtlich der Partizipationsbereitschaft: Befragte mit vorwiegender Betonung postmaterialistischer Werte sind im Durchschnitt weitaus eher bereit, problemorientierte und unkonventionelle Beteiligungsmöglichkeiten in Erwägung zu ziehen als materialistisch orientierte. Am stärksten wirkt freilich das politische Interesse: Je höher das politische Interesse der Befragten, desto eher werden problemorientierte und unkonventionelle Partizipationsformen in Betracht gezogen. In den neuen Bundesländern ist dieser Faktor sogar der weitaus stärkste, die anderen Faktoren haben im Vergleich dazu geringere Effekte. Schließlich zeigen auch Befragte mit geringem Vertrauen in etablierte Politikinstitutionen eine verstärkte Neigung zu problemorientierten und unkonventionellen Partizipationsformen. Die Effekte sind hier allerdings deutlich geringer.

Klar wird aus diesen Analysen, daß höhere Schulbildung alleine nicht eine verstärkte Partizipation indiziert: Auch in dieser Gruppe der höher Gebildeten differenzieren die anderen Faktoren, vor allem das politische Interesse und postmaterialistische Orientierungen, noch relativ stark, tragen also zusätzlich zu verstärkter Bereitschaft für problemorientiertes und nichtkonventionelles Engagement bei.

35 Vgl. ebd., S. 305.

36 Vgl. Max Kaase, *Jugend und Politik*, in: Helga Reimann/Horst Reimann (Hrsg.), *Die Jugend*, Opladen 1987, S. 112.

37 Vgl. Bettina Westle, *Politische Partizipation*, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich*, Opladen 1992, S. 164 ff.

38 Als grober Indikator für problemorientierte und unkonventionelle Partizipationsbereitschaften wurde die Anzahl der Angaben genommen, bei denen die Befragten die Möglichkeit einer Bereitschaft zu folgenden Aktivitäten geäußert hatten: Briefe an Politiker schreiben, sich an öffentlichen Diskussionen beteiligen, politische Leserbriefe schreiben, in einer Bürgerinitiative mitarbeiten, eine politische Gruppierung mit Geldspenden unterstützen, sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen, an einer genehmigten Demonstration, an einer nicht genehmigten Demonstration, an einem gewerkschaftlichen Streik, einer Hausbesetzung, einem wilden Streik teilnehmen, bei Aktionen mitmachen, wo es zu Sachbeschädigungen kommen kann, an solchen, wo Personen zu Schaden kommen können, sich an einem Boykott beteiligen. Mit den Variablen Schulbildung, die wegen der Wichtigkeit für politische Partizipation zu den Einstellungsbereichen hinzugenommen wurde, dem Inglehartschen Postmaterialismusindex (vgl. [Anm. 24]), dem politischen Interesse sowie einem Index zum Vertrauen in etablierte Politikinstitutionen (Bundestag, Bundesregierung, Parteien) wurden Regressionsanalysen und Kontrastgruppenvergleiche mit dem Partizipationsindikator als abhängiger Variablen gerechnet, auf deren zusammengefaßten Ergebnissen der folgende Abschnitt beruht.

VI. Schlußbetrachtung

Im vorliegenden Beitrag sind einige zentrale Aspekte der politischen Orientierungen und Einstellungen der Jugendlichen in Deutschland präsentiert worden, mit dem Ziel, sie vor dem Hintergrund der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion zum Verhältnis von Jugend und Politik einzuordnen. Dabei ist deutlich geworden, daß auf Grund der zur Zeit vorliegenden empirischen Daten aus den verschiedenen Jugenduntersuchungen weder von einer generellen Politikverdrossenheit noch von einer dramatischen Reduzierung politischer Partizipationsbereitschaften bei Jugendlichen die Rede sein kann. Die relativ geringe subjektive Bedeutung von Politik im Vergleich zu anderen Lebensbereichen unterscheidet sie keineswegs deutlich von der Erwachsenenpopulation, auch wenn die Jugendlichen ein geringeres Interesse an Politik zeigen. Auch muß berücksichtigt werden, daß die deutsche Wiedervereinigung und die durch den Transformationsprozeß bedingten Probleme und Belastungen zu einer zeitweilig starken politi-

schen Mobilisierung auch unter den Jugendlichen geführt hatten. Die jetzt (in einer Phase der Konsolidierung) feststellbare Reduzierung des politischen Interesses kann daher durchaus auch als „Normalisierung“ interpretiert werden und muß nicht unbedingt Anlaß für Dramatisierungen geben.

Darüber hinaus ist erstaunlich, daß die in den Umfragen ermittelten Partizipationsbereitschaften durchaus eine hohe Akzeptanz sowohl konventioneller (z. B. Wahlen) als auch unkonventioneller (z. B. Demonstrationen, Unterschriftensammlungen) Partizipationsformen in Ost wie in West erkennen lassen, obwohl die subjektive Bedeutung von Politik im Jugendalter relativ gering ist. Dies verweist einerseits darauf, daß ein relativ niedriges politisches Interesse im Jugendalter nicht um-

standslos zu Apathie und politischer Inaktivität führt, andererseits zeigt es, daß politisches Engagement offensichtlich von einer Reihe von Kontextbedingungen abhängig ist, die im Rahmen der Umfrageforschung nur sehr schwer ermittelbar sind. Hier spielt möglicherweise auch eine Rolle, daß sich in den jüngeren Generationen (insbesondere vor dem Hintergrund ökologischer Fragen und angesichts der im Wertewandel sichtbar werdenden veränderten Lebenskonzepte und Orientierungen) Ansätze für ein neues Politikverständnis herausgebildet haben, die mit den traditionellen Vorstellungen von Interessenartikulation und politischer Partizipation nur schwer zu erfassen sind. Für diesen Problembereich die geeigneten Instrumente zu entwickeln und diesen offenen Fragen nachgehen zu können dürfte eine Herausforderung für die Jugendforschung darstellen.

Jugendliche in den neuen Bundesländern

Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen 1990 bis 1994

I. Vorbemerkungen

Das Leipziger Institut für praktische Sozialforschung e.V. (LIPS) hat Ende 1994 in allen Regionen des Freistaates Sachsen eine inhaltlich breit angelegte Jugendstudie zu folgenden Themenbereichen durchgeführt:

- Rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen, Gewaltbereitschaft;
- Ausländerfeindlichkeit;
- Politische Grundeinstellungen;
- Lebensorientierungen und Lebensbefindlichkeiten sowie
- Freizeitgestaltung, Sozialbeziehungen.

In 24 Mittelschulen und 11 Gymnasien wurden 2 895 Schülerinnen und Schüler aus 125 Klassen der Klassenstufen 8 bis 12 einbezogen.

Die Untersuchung fand als anonyme schriftliche Befragung im Klassenverband statt. Der in einem Pre-Test geprüfte Fragebogen beinhaltete fast ausschließlich geschlossene sowie wenige offene Fragen zur freien Beantwortung. Die Verweigerungsrate lag unter einem Prozent¹.

Die Ergebnisse der Studie sind repräsentativ für Schüler der Klassen 9 und 10 der Mittelschule und der Klassen 9 bis 12 des Gymnasiums. Die Zusammensetzung dieser Stichprobe entspricht der Struktur der sächsischen Schülerschaft in bezug auf die Anteile von Mittelschülern und Gymnasiasten, Jungen und Mädchen sowie der Gemeindegröße ihres Wohnortes. Die Populationen der Mit-

1 Das Kultusministerium des Freistaates Sachsen hat die empirische Untersuchung in den Schulen genehmigt. Unser herzlicher Dank gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die diese Studie im Rahmen ihres Schwerpunktprogramms „Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft“ förderte; Herrn Prof. Dr. em. Rainer Mackensen, Vorsitzender des LIPS, der dem Projekt große Unterstützung gewährte; den Schulleitern aller 35 in die Studie einbezogenen Schulen, die uns bei der Organisation der Befragung halfen.

telschüler bzw. Gymnasiasten der 8. Klasse sind für sich genommen ebenfalls repräsentativ.

Repräsentanz für die Schuljugend in allen fünf neuen Bundesländern ist nicht gegeben. Aus größeren Untersuchungen der letzten Zeit geht allerdings übereinstimmend hervor, daß die politischen und sozialen Einstellungen und die Lebensbefindlichkeiten der Jugendlichen in den anderen neuen Bundesländern denen aus Sachsen sehr ähnlich sind.

Ein wesentlicher Vorzug unserer Studie besteht in der hohen Vergleichbarkeit mit anderen Studien der Jugend- und Meinungsforschung der letzten Jahre².

Unsere Studie ist Teil einer Langzeitanalyse des Meinungs- und Einstellungswandels sächsischer Schüler seit 1990. Sie schließt an früher von uns durchgeführte Untersuchungen an und ist so in der Lage, Trends der letzten Jahre seit der Wende genauer zu kennzeichnen.

Diese Vergleichsuntersuchungen belegen sehr anschaulich: Der fundamentale Gesellschaftswandel drückt sich in einer hohen Veränderungsdynamik der Meinungen, Einstellungen, Werte, der gesamten Mentalität der Jugend im Osten aus. Die Veränderungsprozesse hatten allerdings spezifische Akzente und Merkmalsausprägungen in den verschiedenen Phasen dieser turbulenten Zeit:

- in der Endzeit der DDR (vor der Wende, etwa 1988/89);
- während des abrupten Systemverfalls (1990);

2 Vergleichbarkeit besteht insbesondere

- zu zwei von uns selbst durchgeführten Studien zum Mentalitätswandel bei der ostdeutschen Jugend 1990 und 1992;
- zu den neun für die DDR bzw. Ostdeutschland repräsentativen Meinungsumfragen des ehemaligen Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) zwischen November 1989 und Dezember 1990;
- zu einer großen, für Gesamtdeutschland repräsentativen Jugendstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung im Juni 1991, die von uns mitorganisiert wurde;
- zu weiteren speziellen Jugenduntersuchungen des ehemaligen ZIJ sowie
- zu einer bereits seit 1987 laufenden Längsschnittstudie bei heute 22jährigen sächsischen Jugendlichen.

– unmittelbar nach der Vereinigung (bis etwa 1992).

In Ostdeutschland wächst eine neue Jugendgeneration heran. Sie ist durch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüche und Modernisierungsprozesse, die dadurch bedingten grundlegenden Veränderungen ihrer Lebenswelt nach der Wende und der Vereinigung in ihrem Wesen entscheidend geprägt.

Die heute 14- bis 18jährigen haben Wende und Vereinigung als Kinder, als Heranwachsende in der Vorpubertätsphase erlebt, weshalb sie nur auf einem eingeschränkten subjektiven Reflexions- und Aktivitätsniveau mit diesen Ereignissen konfrontiert waren. Im Vergleich zu älteren Jugendjahren waren sie im Durchschnitt erheblich weniger mit den Problemen und Konflikten des Systemwechsels belastet. Das Einleben in die neue Gesellschaft und Alltagswelt ist ihnen daher vergleichsweise leichter gefallen.

Das ist wohl die Grundlage dafür, daß sie heute so selbstbewußt und resolut den völlig veränderten Lebensverhältnissen zugewandt sind, diese schon als selbstverständlich empfinden, aber gerade deshalb auch so nüchtern und kritisch bewerten. Die Probleme ihrer neuen Gesellschaft und Alltagswelt werden von den heute heranwachsenden Jugendlichen aus einer zunehmend kompetenten und eigenständigen, aus einer „starken Position“ heraus beurteilt und offen, ohne großes Taktieren, angesprochen – allerdings nur, wenn sie diese Probleme auch interessant finden. Was von ihnen nicht als interessant bewertet wird, wollen sie auch nicht diskutieren – selbst wenn es Politikern, Eltern, Lehrern, anderen Erwachsenen nicht passen sollte.

So haben wir die Meinungen dieser jungen Generation durchaus ernst zu nehmen; sie werden ehrlich vorgetragen – es gibt ja keinen Grund, sie zurückzuhalten. Das betrifft auch die Antworten der sächsischen Schüler auf die Fragen dieser Untersuchung.

Die Wucht der Ereignisse und Probleme, die unmittelbar vor und nach der Wende im Herbst 1989 sowie der späteren Vereinigung am 3. Oktober 1990 die Jugendlichen damals traf, bereitete den meisten von ihnen große Schwierigkeiten, führte zu Erscheinungen der Desorientierung, Verhaltenslabilität, auch zu neuen Feindbildern, Vorurteilen, zu einem rasch anwachsenden Aggressionspotential und häufigen Gewalthandlungen.

Das konnten wir besonders anhand der Ergebnisse unserer Untersuchungen aus dem Jahre 1990 sowie der von 1992 nachweisen³. 1992 ist aus unserer Forschungsperspektive das Jahr, in dem zahlreiche negative Erscheinungen und Trends (wie Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus) kulminierten. Andere Forschungsberichte, Statistiken und öffentliche Vorkommnisse (etwa Jugendkrawalle) korrelieren damit und bekräftigen unsere Feststellung.

Seitdem hat sich die Bewußtseinslage der Jugend in mancher Hinsicht gravierend verändert. Gegenwärtig scheint sich eine andere Phase anzukündigen, mit neuen – teils erwarteten, teils auch unerwarteten – Akzenten. Zwar gibt es bis heute auch zahlreiche kontinuierliche Verläufe, Trendfortsetzungen, besonders im politischen Einstellungsbe- reich – gerade auch dort, wo der befangene Beobachter ganz andere Entwicklungen erwartet hätte. Verschiedene Ergebnisse deuten darauf hin, daß sich bestimmte Folgeerscheinungen der Vereinigung 1994 deutlich negativer auswirken und von ihnen auch entsprechend reflektiert werden, als dies noch 1990/92 der Fall war. Beispiele hierfür sind die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit der Eltern, die psychisch stark belastende Sorge um den späteren Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz. Aber unsere Studie läßt auch eine Reihe sehr interessanter Trendbrüche und neuer Tendenzen hervortreten, vor allem den Rückgang der Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremer Anschauungen.

Gerade daran zeigt sich, daß man die Nachwende- Generation im Osten nicht mit schnellen Urteilen und Etiketten, wie etwa „stärker gewalttätig, ausländerfeindlich, antisemitischer, rechtsextremer als die westdeutsche Jugend“, versehen darf. Solche Erscheinungen, wenn sie in den vergangenen Jahren gehäuft auftraten, müssen als temporäre und als durch die Umbrüche, Wirrnisse der Krisenzeit bedingte Phänomene erkannt werden – und dürfen nicht aus ideologischer Sicht kurzerhand als Ausdruck eines in der DDR sozialisierten „autoritären Charakters“ interpretiert werden.

Schließlich zeigt unsere Studie auch die Vielfalt und Differenziertheit der Jugend. Abgesehen davon, daß jeder einzelne Jugendliche eine einzig-

³ Vgl. Peter Förster/Walter Friedrich, Politische Einstellungen und Grundpositionen Jugendlicher in Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38/92; Harry Müller/Wilfried Schubarth, Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft und aktuelle Befindlichkeiten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern, in: P. Förster/W. Friedrich, *Zur politischen Mentalität der ostdeutschen Jugend*, Leipzig 1996.

artige, unverwechselbare Persönlichkeit darstellt, sind doch die großen Unterschiede zwischen den Angehörigen solcher Teilpopulationen, wie sie sich etwa nach Geschlechtergruppen, Schultypen, sozialen Herkunftsgruppen, Konfessionszugehörigkeit, Ortsklassen bzw. nach solchen familialen Einflußfaktoren wie Struktur der Familie, Erwerbsstatus, Einkommen ergeben, sehr charakteristisch und für Politik, Schule, für den Umgang mit Jugendlichen überhaupt relevant. Aber auch die Besonderheiten bestimmter Regionen sowie des Schul- oder Schulklassenmilieus spielen eine bedeutsame Rolle bei der Ausprägung der typischen Mentalität, Persönlichkeitsvarianten, der Biographie der „Jugend von heute“. Dafür sprechen u. a. die teilweise beträchtlichen Unterschiede zwischen den Befragungsergebnissen der einbezogenen Schulen.

Die ostdeutsche Jugend befindet sich nach wie vor in einem intensiven Wandlungsprozeß ihrer sozial-kulturellen, politisch-weltanschaulichen Werte, Einstellungen und Befindlichkeiten, ihrer gesamten Mentalität. Das wird sich gewiß auch nicht so bald ändern.

Wer sie in ihrer aktuellen psycho-sozialen Verfassung zuverlässig und wirklichkeitsentsprechend beurteilen will, der darf nicht die Untersuchungsergebnisse aus zurückliegenden Jahren festschreiben. Der intensive Wandel der Jugend erfordert vielmehr, exakte Vergleichs- und Längsschnittforschungen zu organisieren und deren Ergebnisse unvoreingenommen in ihrer Komplexität und oft unerwarteten Widersprüchlichkeit zur Kenntnis zu nehmen.

II. Lebenswerte – mehr hedonistisch als sozial

Ein Werte- bzw. Mentalitätswandel konnte schon zu DDR-Zeiten bei der Jugend festgestellt werden. Seit Mitte der siebziger Jahre wurden individualszentrierte Werte wie Streben nach Lebensgenuß, nach eigenständiger Lebensgestaltung, nach persönlichem Wohlstand zunehmend hervorgehoben. Aber auch die Werte Freundschaftsbeziehungen und sinnerfüllte Arbeit stiegen im Kurs.

In der unmittelbaren Wendezeit kam es verständlicherweise verstärkt zu Irritationen, Brüchen, Zuspitzungen im Wertebewußtsein der ostdeutschen Jugend; neue Wertstrukturen bildeten sich

heraus. Nach unserer Studie sind die allgemein anerkannten und verbreiteten Top-Werte der 14- bis 18jährigen heute: *Arbeit, Freunde, Lebensgenuß, Familie*. Am unteren Ende der Bedeutungsskala rangieren dagegen *politisches Engagement* und *christliche Werte*. Das entspricht weitgehend auch anderen Jugenduntersuchungen der letzten Zeit.

Im Vergleich zu 1992 hat sich Ende 1994 der persönliche Bedeutungsgrad der meisten Lebenswerte nicht oder nur geringfügig verändert. Einen signifikanten Bedeutungszuwachs konnten wir jedoch bei den Wünschen nach aufregenden Erlebnissen, nach Lebensgenuß, nach Geld und nach persönlichem Vorteil feststellen. Hedonistische und egozentrische Bedürfnisse haben demnach deutlich an Verbreitung gewonnen. Dagegen deutet sich eine rückläufige Tendenz beim Anspruch auf eine eigene Lebensgestaltung an, vor allem aber eine klare Regression (im Vergleich mit Wertestudien vor 1989) hinsichtlich sozialer Motivation und Hilfsbereitschaft: „Für andere Menschen da sein, auch wenn man selbst auf etwas verzichten muß“ – das wird heute von jungen Ostdeutschen weniger hoch bewertet, weil es in einer Gesellschaft, in der Rivalität und Ellenbogenmentalität vorherrschen, von ihnen seltener als positiv sanktionierter Wert erfahren wird.

III. Lebensbefindlichkeiten

1. Lebenszufriedenheit – viel Licht, aber auch Schatten

Die Analyse der verschiedenen Seiten der Lebenszufriedenheit ergibt ein sehr heterogenes Bild. Ein ausgesprochen hohes Zufriedenheitsniveau signalisiert zunächst die Tatsache, daß 94 Prozent der befragten Schüler eine positive Gesamtbilanz ziehen, mit „ihrem Leben insgesamt“ zufrieden (46 Prozent) oder eher zufrieden als unzufrieden sind (48 Prozent). 1992 waren 92 Prozent alles in allem zufrieden; es kann eine tendenzielle Verbesserung konstatiert werden. Dennoch sind Unterschiede in verschiedenen Teilbereichen zu verzeichnen.

Materielle Lebenssituation

89 Prozent der Schüler äußern sich zufrieden über ihre Wohnverhältnisse, die meisten sogar (63 Prozent) ohne Abstriche. 85 Prozent sind mit der wirtschaftlichen Situation ihrer Familie zufrieden, ein-

schränkungslos 46 Prozent. Die Familiensituation spielt eine große Rolle: Von den Schülern, die bei Vater und Mutter leben, sind 50 Prozent einschränkungslos zufrieden; von denen, die nur bei ihrer Mutter leben (das sind 14 Prozent), nur 29 Prozent. Ist die alleinstehende Mutter arbeitslos, sinkt die Quote uneingeschränkter Zufriedenheit sogar auf 11 Prozent.

68 Prozent sind mit dem Geld, mit dem sie auskommen müssen, zufrieden, 40 Prozent ohne Abstriche.

Soziale bzw. psychische Aspekte der Zufriedenheit

95 Prozent äußern Zufriedenheit mit ihrem Ansehen im Bekanntenkreis. Das läßt ein hohes Selbstwertgefühl erkennen, wofür weitere Ergebnisse sprechen. 89 Prozent der Schüler äußern sich zufrieden über ihre Beziehungen zu ihren Eltern, 55 Prozent sogar ohne Abstriche. Auch mit den Beziehungen zu ihren Klassenkameraden ist die überwiegende Mehrheit zufrieden: 87 Prozent, darunter 35 Prozent ohne Einschränkung. Mit ihrer schulischen Situation ist zwar auch eine Mehrheit von 62 Prozent zufrieden, aber nur 17 Prozent sind es einschränkungslos. Immerhin 38 Prozent sind mehr oder weniger unzufrieden, was sich bei ihnen auch in mäßiger Lerneinstellung und Lernleistung äußert. Eine relativ geringe Zufriedenheitsrate ist im Hinblick auf die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu verzeichnen: 52 Prozent, aber nur 19 Prozent ohne Abstriche – Widerspiegelung der vielerorts fehlenden Freizeitangebote.

Zufriedenheit mit der Gesellschaft

Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt äußern zwar 61 Prozent, ohne Abstriche aber nur 12 Prozent, von den Mädchen sogar nur 8 Prozent. Gymnasiasten sind weniger zufrieden als Mittelschüler: 47 Prozent gegenüber 71 Prozent.

Der auf alle erwähnten Teilbereiche bezogene Vergleich mit 1992 zeigt: Deutliche Veränderungen im Zufriedenheitsniveau sind im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation der Familie festzustellen: Der Anteil zufriedener Schüler ist von 79 Prozent vor zwei Jahren auf 85 Prozent Ende 1994 angewachsen, darunter der der einschränkungslos zufriedenen von 33 Prozent auf 46 Prozent! Bei keinem anderen Aspekt ist ein derart großer Zuwachs in der relativ kurzen Zeit seit 1992 zu verzeichnen. Zu registrieren ist dagegen ein deutlicher Rückgang einschränkungsloser Zufriedenheit mit den Beziehungen zu den Eltern gegenüber

1992 um 10 Prozentpunkte, auch bei Schülern, die mit der Wirtschaftslage ihrer Familie völlig zufrieden sind. Es deutet sich eine Tendenz des Auseinanderfallens materieller und sozialer Zufriedenheitsaspekte im Elternhaus an. Ein tendenzieller Rückgang ist in bezug auf die Zufriedenheit mit der eigenen schulischen Situation zu beobachten.

2. Wodurch sich Schüler heute bedroht fühlen

Trotz einer im Durchschnitt der Bevölkerung verbesserten materiellen und finanziellen Lage haben sich auch vier Jahre nach der Vereinigung viele Ostdeutsche mit Erscheinungen auseinanderzusetzen, die zu psychischen Belastungen, Frustrationen und Bedrohungsängsten führen. Das gilt auch für die Schuljugend, insbesondere die Schülerinnen, die sehr sensibel auf früher unbekannte Bedrohungsfaktoren reagieren.

Was zeigte sich in dieser Beziehung Ende 1994?

76 Prozent fühlen sich (stark oder eher stark) durch die Zunahme von Aggressivität und Gewalt bedroht (Schülerinnen: 81 Prozent); 73 Prozent durch die Ausbreitung von Rechtsradikalismus (50 Prozent artikulieren Bedrohungsängste infolge der Zunahme von Linksradikalismus); 60 Prozent durch die Zunahme von Egoismus in den Beziehungen der Menschen (Schülerinnen: 65 Prozent); 52 Prozent äußern Bedrohungsgefühle durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit oder die fehlende Perspektive einer beruflichen Ausbildung. Von den leistungsschwächeren Schülern äußern 59 Prozent solche Ängste, von den leistungsstärkeren allerdings auch 45 Prozent!

Die Sorge um einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz ist – das belegen differenziertere Analysen – ein tiefgehendes, psychisch sehr stark belastendes Bedrohungsgefühl. Es dämpft den Zukunftsoptimismus, aber auch die Systemzufriedenheit und die Freude über die deutsche Einheit erheblich, 1994 stärker als zwei Jahre vorher.

46 Prozent äußern Ängste infolge zu hoher Anforderungen in der Schule, von den Mädchen deutlich mehr als von den Jungen (50 Prozent gegenüber 41 Prozent), auffällig viele von den Gymnasiasten der 9. und 10. Klasse (51 Prozent). Auch diese Versagensangst beeinträchtigt die Lebensgrundstimmung sehr stark.

30 Prozent fühlen sich durch eine weitere Einwanderung von Ausländern bedroht, von den Rechtsaußen 89 Prozent von den Linksaußen dagegen nur 9 Prozent.

Der Vergleich mit 1992 zeigt folgende Trends:

1. Wieder leicht zugenommen (nach einem starken Rückgang zwischen 1990 und 1992) hat das Bedrohungsgefühl durch mögliche Arbeitslosigkeit bzw. fehlende Aussicht auf einen Ausbildungsplatz: Widerspiegelung der prekären Lage auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere der Lehrstellensituation zum Zeitpunkt der Befragung. Äußerten 1992 47 Prozent solche Ängste, waren es Ende 1994 wieder 52 Prozent. Zu ergänzen ist, daß der Anteil der Schüler, die sich unsicher sind, ob sie nach Schulabschluß eine berufliche Perspektive haben, von 34 Prozent 1992 auf 45 Prozent gestiegen ist, bei den Mädchen sogar von 39 Prozent auf 57 Prozent – ein sehr ernstzunehmendes Signal für Politik und Wirtschaft!
2. Leicht angestiegen ist auch die Angst vor Linksradikalismus von 44 Prozent 1992 auf 50 Prozent 1994, vor allem bei den männlichen Schülern.
3. Etwa gleichgeblieben ist auf hohem Niveau der Anteil der Schüler, die sich durch Rechtsradikalismus bzw. die Ellenbogenmentalität der westlichen Gesellschaft bedroht fühlen.
4. Sehr stark zurückgegangen ist die Angst vor einer weiteren Einwanderung von Ausländern (von 51 Prozent auf 30 Prozent); diese klare Tendenz spricht für die an anderer Stelle festgestellte erhebliche Abnahme der Ausländerfeindlichkeit.

3. Ein Trend zu gedämpftem Optimismus?

Alle nach der Wende durchgeführten Jugendstudien (die eigenen eingeschlossen) kamen zu dem Schluß, daß die meisten Jugendlichen – trotz aktueller Enttäuschungen und Verunsicherungen – ihre fernere Zukunft optimistisch sehen. Das traf Ende 1994 auch für die von uns befragten Schüler zu: Einschränkunglos optimistisch waren 26 Prozent, gedämpften Optimismus äußerten 63 Prozent. Mehr oder weniger pessimistisch blickten 11 Prozent in ihre Zukunft.

Bei den Mädchen ist der Anteil einschränkungsloser Optimisten deutlich geringer als bei den Jungen: 21 Prozent gegenüber 33 Prozent.

Enge Zusammenhänge bestehen zwischen der Zukunftseinstellung und der wirtschaftlichen Lage der Familie (vor allem bei Arbeitslosigkeit der Eltern) sowie der Aussicht auf einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz. So äußerten von den Schülern,

die sich völlig sicher sind, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, 64 Prozent uneingeschränkten Optimismus, von denen dagegen, die sich völlig unsicher sind, nur 7 Prozent! Wesentlich ist: Diese Unsicherheit wirkt sich 1994 negativer aus als 1992.

Der Blick auf den Trend:

Der Anteil einschränkungsloser Optimisten betrug nach den Ergebnissen unserer Langzeitanalysen seit Frühjahr 1990 ständig über 30 Prozent. Bei den Schülern ist er nun von 34 Prozent 1992 auf 26 Prozent 1994 zurückgegangen, darunter bei den Mädchen von 30 Prozent auf 21 Prozent. Eine ernstzunehmende Tendenz zu eher gedämpftem Optimismus ist unverkennbar.

IV. Links-Rechts-Spektrum: Linksorientierung hat zugenommen, Rechtsorientierung dagegen abgenommen

Da sich ostdeutsche Jugendliche in den Jahren nach der Wende nur wenig oder in für sie nicht befriedigender Weise mit den politischen Parteien bzw. den entsprechenden politischen Richtungen identifizieren konnten, suchen sie ihre politisch-weltanschauliche Orientierung mit den bloßen Begriffen ‚links‘ und ‚rechts‘ zu beschreiben. Es ist erstaunlich, wie schnell und mit welcher Selbstverständlichkeit das vor der Wende weitgehend unbekannte Politikschema seit 1990 schon von den 14- bis 18jährigen als Orientierungsmuster akzeptiert und genutzt worden ist.

Die Positionierung im Links-Rechts-Spektrum bleibt kein unverbindlicher Akt für die Jugendlichen, sondern führt zur Übernahme der an die jeweilige Position geknüpften spezifischen Wertemuster, damit zur Herausbildung einer entsprechenden politisch-weltanschaulichen Einstellungs- und Wertestruktur und zu den davon abhängigen Verhaltensweisen bei den Heranwachsenden.

Heute ordnen sich bereits 94 Prozent aller sächsischen Schüler in das Links-Rechts-Spektrum ein: 50 Prozent rechnen sich der „Mitte“ zu; 28 Prozent verstehen sich als Linksorientierte (davon 6 Prozent als Linksaußen); 16 Prozent als Rechtsorientierte (davon 4 Prozent als Rechtsaußen). Seit 1990 haben sich hier bedeutende Veränderungen

vollzogen: Die Zahl der Vertreter der Mitte hat zugenommen; der Anteil der Linksorientierten hat sich seit 1990 ständig erhöht; der Anteil der Rechtsorientierten hat sich demgegenüber seit 1992 stark verringert. Die Zahlen unter der Rechtsaußen-Position haben sich in den letzten beiden Jahren nahezu halbiert.

Diese Trends stehen in Übereinstimmung mit zahlreichen anderen Ergebnissen unserer Untersuchung, sie sind nicht zufälliger Natur. Das politisch-weltanschauliche Selbstverständnis der sächsischen bzw. ostdeutschen Jugend tendiert also seit 1992 deutlich weg von rechten Positionen und hin zu linken Positionen sowie zur Mitte. Das kommt besonders bei den weiblichen Jugendlichen zum Ausdruck. Mädchen sind häufiger linksorientiert als Jungen, sie finden sich entsprechend viel seltener unter den rechten Positionsträgern als die Jungen.

Gymnasiasten stufen sich zu über 40 Prozent als „Linke“, aber nur zu 10 Prozent als „Rechte“ ein. Mittelschüler dagegen haben sich mehr als doppelt so häufig rechts positioniert wie Gymnasiasten, sind dafür weit seltener unter den linken Positionen zu finden als diese.

Jugendliche aus kleineren und mittleren Orten (bis zu 50 000 Einwohnern) neigen mehr zu rechten und weniger zu linken Positionen als die Gleichaltrigen aus größeren Städten.

Schüler, deren Eltern einen Hochschulabschluß besitzen, identifizieren sich fast doppelt so häufig mit linken Positionen und nur halb so oft mit rechten Positionen wie Schüler, deren Eltern einen niedrigeren Bildungsabschluß haben. Das spricht für einen hohen Einfluß des Faktors Familie.

Zwischen religiösen und konfessionslosen Jugendlichen gibt es in dieser Hinsicht keine wesentlichen Unterschiede.

Der (im Selbstverständnis) typische Linksorientierte ist demnach überdurchschnittlich häufig unter Mädchen mit Gymnasialbildung, unter Jugendlichen aus größeren Städten und unter denen, deren Eltern einen Hochschulabschluß haben, vertreten. Der typische Rechtsorientierte findet sich dagegen überdurchschnittlich häufig unter männlichen Mittelschülern, in kleineren Ortsklassen und in Familien mit niedrigeren Bildungsabschlüssen der Eltern.

V. Politische Grundeinstellungen

1. Noch kein Ende der Parteienverdrossenheit in Sicht

Die Einstellung der Schüler zu den politischen Parteien bzw. parteipolitischen Richtungen widerspiegelt klar die in der (ostdeutschen) Gesellschaft bestehende Distanz gegenüber den etablierten Parteien, die verbreitete Parteienverdrossenheit. Nur 44 Prozent der Schüler identifizieren sich mit einer der parteipolitischen Richtungen, finden bei ihnen Ziele und Orientierungen, die ihrer politisch-weltanschaulichen Grundhaltung entsprechen.

Die relativ größte Anziehungskraft besitzt die christlich-demokratische Richtung, mit der sich 14 Prozent aller Schülerinnen und Schüler verbunden fühlen. Die weiteren Quoten betragen: bündnisgrüne Richtung 10 Prozent, sozialdemokratische Richtung 7 Prozent, sozialistische Richtung 7 Prozent, liberale, republikanische und andere Richtungen je 3 Prozent.

Die Mädchen identifizieren sich durchgängig sehr viel weniger häufig mit einer parteipolitischen Richtung als die Jungen: 36 Prozent gegenüber 53 Prozent. Von den Gymnasiasten fühlen sich wesentlich mehr mit einer Richtung verbunden als von den Mittelschülern: 56 Prozent gegenüber 33 Prozent.

Vergleiche mit 1992 zeigen, daß die größten Veränderungen bei der christlich-demokratischen Richtung festzustellen sind: Ihre Anhängerschaft war zunächst von 21 Prozent im Jahr 1990 auf 8 Prozent 1992 gesunken, Ende 1994 jedoch wieder auf 14 Prozent gestiegen.

Tendenziell rückläufig ist die Verbundenheit mit der liberalen Richtung (6 Prozent – 5 Prozent – 3 Prozent). Die republikanische Richtung hat nach einem leichten Zugewinn 1992 Ende 1994 wieder an Anziehungskraft verloren (5 Prozent – 7 Prozent – 3 Prozent).

Für die Beurteilung der Einstellung zu den parteipolitischen Richtungen ist ein seit 1990 beobachteter gegensätzlicher Trend sehr wichtig: die Divergenz zwischen hoher und wachsender Akzeptanz des Links-Rechts-Spektrums für die persönliche politisch-weltanschauliche Grundhaltung einerseits und abnehmender Identifikation mit den parteipolitischen Richtungen andererseits. Während der Anteil der Schüler, die sich in das Links-Rechts-Spektrum einordnen, von 75 Prozent 1990

auf 86 Prozent 1992 und weiter auf 94 Prozent 1994 gestiegen ist, ging der Anteil derer, die sich mit einer parteipolitischen Richtung identifizieren, von 57 Prozent 1990 auf 41 Prozent 1992 zurück und erreichte Ende 1994 44 Prozent.

Ausdruck von Parteienverdrossenheit ist auch der starke Verfall des Politikinteresses bei der Schuljugend. Schon die 1992 ermittelten Ergebnisse signalisierten den bei ostdeutschen Jugendlichen niedrigsten Stand seit der Wende, der aber 1994 nochmals unterboten wurde: Lediglich 12 Prozent der Schüler erklärten, sich sehr stark (2 Prozent) oder stark (10 Prozent) für Politik zu interessieren – eine Folge des weiter gewachsenen Unbehagens an der Politik der etablierten Parteien.

Auffällig ist, daß Mädchen noch weniger politisch interessiert als die Jungen sind. Bei den Mittelschülerinnen der 9. und 10. Klasse ist in bezug auf die sehr starke Ausprägung der Nullpunkt erreicht, starkes Interesse äußert ein Prozent.

Gymnasiasten sind zwar interessierter als Mittelschüler, aber auch bei ihnen geht der Anteil starken Interesses nicht über ein Viertel hinaus.

2. Deutsche Einheit: Gewinnen gemischte Gefühle die Oberhand?

Charakteristisch für die politische Stimmungslage der Schüler ist ihre Einstellung zur deutschen Einheit, dem Ereignis, das ihr Leben nach der Wende entscheidend verändert hat und weiter verändert. Ende 1994 ließ mit 47 Prozent knapp die Hälfte von ihnen eine positive Einstellung zur deutschen Einheit erkennen: Sehr starke Freude darüber, daß die Vereinigung erfolgt ist, äußerten 20 Prozent, starke Freude 27 Prozent. Nur 4 Prozent artikulierten negative Gefühle. Die mit 49 Prozent größte Gruppe betont mit der Wahl der Antwortposition „teils-teils“ ihre gesplante Haltung, Ausdruck sehr widersprüchlicher eigener oder durch die Eltern vermittelter Erfahrungen.

Die Mädchen stehen der deutschen Einheit deutlich weniger positiv gegenüber als die Jungen. Sie lehnen sie aber nicht etwa häufiger ab, sondern ziehen sich mehrheitlich auf die Mittelposition „teils-teils“ zurück und signalisieren damit gemischte Gefühle.

Gymnasiasten bekunden etwas häufiger als Mittelschüler Freude über die Vereinigung, aber auch bei ihnen dominieren ambivalente Gefühle.

Von den Rechtsorientierten zu den Linksorientierten sinkt der Anteil positiver Emotionen (Rechtsaußen 60 Prozent ... Linksaußen 22 Prozent),

dafür nehmen ambivalente Auffassungen zu, bei den Linksaußen auch ablehnende.

Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit der Eltern, Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage der Familie, unsichere Aussichten auf einen Ausbildungsplatz dämpfen die Freude über die deutsche Einheit stark.

Die Antworten der Schüler auf eine offene Frage (ohne Antwortvorgaben) danach, welche Veränderungen in ihrem Leben bzw. in Ostdeutschland seit der Wende und der Vereinigung sie positiv bewerten und welche negativ, unterstreichen das Bestehen einer sehr widersprüchlichen Sichtweise: Bei nahezu allen Antworten stehen positive Aussagen neben negativen, mischen sich Freude und Frust – vielfach auch ein Abbild der Situation der Eltern. Bedeutsam ist außerdem, daß im Durchschnitt 2,3 positive, aber 2,7 negative Sachverhalte genannt werden.

An der Spitze der *positiv* bewerteten Veränderungen steht – von 54 Prozent genannt – das *Warenangebot*, gefolgt von den *Reisemöglichkeiten* (46 Prozent) und den gesicherten *Persönlichkeitsrechten* wie Meinungs- und Glaubensfreiheit (40 Prozent). Die Liste der *negativ* bewerteten Veränderungen wird von der *hohen Arbeitslosigkeit* angeführt (von 51 Prozent meist an erster Stelle genannt, darunter von 57 Prozent der Mädchen), gefolgt von *hoher Kriminalität und Gewalt* (32 Prozent) und der *starken Verteuerung des Lebens* (30 Prozent) (Mehrfachnennungen).

Die Trendanalyse verweist klar auf eine Zunahme ambivalenter Auffassungen: 1992 bekundeten noch 56 Prozent der Schüler, daß sie sich über die Vereinigung freuen (sehr stark: 29 Prozent); die Position „teils-teils“ wählten damals 39 Prozent. 1994 äußerten 47 Prozent Freude (sehr stark: 20 Prozent); der Anteil der Schüler mit ambivalenten Auffassungen ist auf 49 Prozent angewachsen.

Unsere in das Jahr 1991 zurückreichenden Zeitreihen bei Schülern der 9. und 10. Klasse belegen die Tendenz einer Zunahme gemischter Gefühle.

3. Altes politisches System „out“, neues aber noch nicht ganz „in“

Die Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik wird sehr stark von den widersprüchlichen Erfahrungen mit den Realitäten des deutschen Einigungsprozesses beeinflusst; sie ist das subjektive Echo dieses Prozesses. Ende 1994 hält sich die Systemzufriedenheit mit 39 Prozent in Grenzen: Ein Prozent der Schüler äußerte, mit dem politischen System sehr zufrieden zu sein,

38 Prozent waren zufrieden. Weitere 48 Prozent waren weniger zufrieden, 13 Prozent unzufrieden.

Die Mädchen sind weniger systemzufrieden als die Jungen. Das hängt vor allem mit ihrer distanzierteren Haltung zur deutschen Einheit zusammen.

Linksorientierte, vor allem Linksaußen, stehen dem politischen System mehrheitlich kritisch gegenüber. Dasselbe gilt aber auch für Rechtsorientierte, insbesondere für die Rechtsaußen.

Die Trendanalyse läßt einen deutlichen Rückgang der Systemzufriedenheit von 49 Prozent 1992 auf 39 Prozent 1994 erkennen, der in allen Untergruppen wiederkehrt, selbst bei den Rechtsorientierten und auch bei den Schülern der 8. Klassen. Die Vermutung, daß sich bei ihnen als der jüngsten untersuchten Altersgruppe eine schnellere Anpassung an die neue politische Ordnung ankündigen könnte, hat sich 1994 nicht bestätigt.

Diese Distanz wird auch durch die überaus kritische Beurteilung der Politiker erhärtet. Der Aussage „Die meisten Politiker machen zwar schöne Versprechungen, aber sie denken doch mehr an sich selbst“ stimmten 73 Prozent zu, und zwar fast unabhängig davon, ob sie sich als Linke oder Rechte fühlen. In dieselbe Richtung weist auch das Ergebnis, daß nur 13 Prozent der Schüler bereit sind, sich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einzusetzen.

Distanz gegenüber dem neuen politischen System ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Befürwortung eines sozialistischen Systems. Nur 16 Prozent wäre ein reformierter, humanistischer Sozialismus lieber als die jetzige Ordnung. 37 Prozent haben dazu eine ambivalente, 47 Prozent eine ablehnende Einstellung.

Das vergangene Gesellschaftsmodell hat seine Anziehungskraft bei der Schuljugend fast vollständig verloren, das gegenwärtige wird aber erst von einer Minderheit voll akzeptiert.

VI. Schon Bundesbürger, noch Ex-DDR-Bürger – auf jeden Fall Sachse!

Vier Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD fühlen sich 83 Prozent der Schüler als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, darunter 42 Prozent „vollkommen“ und 41 Prozent mit der Einschränkung „etwas schon“. 17 Prozent haben bisher noch kein Zugehörigkeitsgefühl entwickelt.

Von den Mädchen fühlen sich deutlich weniger als von den Jungen einschränkungslos als Bundesbürger: 37 Prozent gegenüber 47 Prozent.

Ein klares Gefälle einschränkungsloser Identifikation besteht von den Mittelschülern der 8. Klasse (48 Prozent) zu den Gymnasiasten der 11. und 12. Klasse (31 Prozent; weiblich: 28 Prozent).

Am häufigsten fühlen sich Rechtsaußen ohne Abstriche als Bundesbürger, am wenigsten Linksaußen (74 Prozent gegenüber 16 Prozent).

Differenzierend wirkt auch hier das Maß erfahrener sozialer und materieller Sicherheit. Vor allem die verbreitete Unsicherheit in bezug auf die berufliche Perspektive und das Erleben von Arbeitslosigkeit im Elternhaus dämpfen die staatsbürgerliche Identifikation erheblich.

Gegenüber 1992 ist der Anteil der Schüler, die sich ohne Einschränkung als Bundesbürger betrachten, leicht zurückgegangen (von 47 Prozent auf 42 Prozent).

Die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik schließt keineswegs aus, sich gleichzeitig noch als Bürger der ehemaligen DDR zu sehen: Von den befragten Schülern fühlen sich 73 Prozent als Ex-DDR-Bürger, darunter 34 Prozent vollkommen. Bemerkenswert ist, daß sich 1994 auch Schüler mehrheitlich als Ex-DDR-Bürger betrachten, die sich politisch-weltanschaulich in der Mitte oder rechts davon einordnen bzw. mit den Republikanern sympathisieren.

Noch einflußreicher als das Selbstverständnis als Linker oder Rechter ist das Erleben sozialer Unsicherheit, aber auch die verbreitete Erfahrung, von vielen Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden.

Im Vergleich zu 1992 hat der Anteil der Schüler, die sich ohne Abstriche als Ex-DDR-Bürger fühlen, wieder stark zugenommen: von 13 Prozent auf 34 Prozent! Selbst bei den jüngsten befragten Schülern der 8. Klasse ist die Quote von 14 Prozent auf 35 Prozent gestiegen.

Dieser Trend ist ein Beleg dafür, daß das Zugehörigkeitsgefühl zur ehemaligen DDR psychologisch tief verankert ist, auch von sehr jungen Menschen nicht in kurzer Zeit als Ballast abgeworfen wird. Dabei spielen keineswegs vorrangig politische Kriterien eine Rolle, sondern vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Betonung der spezifischen Biographie, z. B. die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit in sozialer Sicherheit, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast zu heutiger Alltagserfahrung. Häufig

steht eine Protesthaltung dahinter, der auch in dieser Studie oft artikuliert Frust darüber, daß „*bei uns hier im Osten bis auf den grünen Pfeil alles eiskalt plattgemacht worden ist*“ (18jähriger Gymnasiast).

Werden die genannten Angaben leicht vergrößert zusammengefaßt (dichotomisiert), so zeigt sich:

- 60 Prozent der Schüler fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre emotionale Verbundenheit mit der Ex-DDR aufgegeben zu haben (1992: 43 Prozent);
- 24 Prozent fühlen sich als Bundesbürger und nicht mehr als Bürger der ehemaligen DDR (1992 waren das bereits 42 Prozent);
- 13 Prozent haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich aber als Ex-DDR-Bürger (1992: 11 Prozent).

Erwähnenswert ist, daß sich bis auf 10 Prozent alle Schüler als Bürger des Freistaates Sachsen fühlen, darunter 65 Prozent ohne Abstriche. Auffällig ist, daß hierbei nicht nur Heimatgefühle eine Rolle spielen, sondern auch politische Einstellungen: Von den völlig mit dem politischen System zufriedenen Schülern betrachten sich 82 Prozent einschränkungslos als Bürger des Freistaates Sachsen, von den sehr unzufriedenen nur 52 Prozent.

VII. Ausländerfeindlichkeit hat abgenommen

Junge Sachsen haben heute eine bedeutend positivere Einstellung zu Ausländern als in den ersten Jahren nach der Wende. Insbesondere sind die Zahlen derjenigen erheblich zurückgegangen, die Ausländer emotional ablehnen oder ihnen gar feindselig-aggressiv gegenüberstehen.

Die Ergebnisse unserer Studie belegen klar, daß sich das Verhältnis der Jugendlichen in Sachsen und in den neuen Bundesländern insgesamt zu Ausländern seit 1992 deutlich verbessert, entspannt hat. Keinesfalls dürfen jedoch die noch bestehenden Aversionspotentiale und Probleme übersehen werden. Heute ist etwa jeder 4. Jugendliche in Sachsen gefühlsmäßig gegen Ausländer eingestellt. Vor zwei Jahren waren es allerdings noch über 40 Prozent. 28 Prozent betonen ihre positiven Gefühlsbeziehungen (1992 lediglich 17 Prozent). Die anderen (45 Prozent) geben ein indifferentes Verhältnis zu Ausländern an.

Mädchen sind viel positiver als Jungen gegenüber Ausländern eingestellt; Gymnasiasten positiver als Mittelschüler.

Am größten sind die Unterschiede zwischen Linksorientierten und Rechtsorientierten. Letztere sind zu 80 Prozent gegen Ausländer, und sie sind es größtenteils mit heftigen Affekten und hoher Aggressionsbereitschaft. Der Zusammenhang zwischen rechten Positionen im Links-Rechts-Spektrum und feindseligen Emotionen wie Aktionen gegen Ausländer ist nach wie vor sehr eng und grundlegend.

Auch die Zahl der freundschaftlichen Kontakte der jungen Sachsen zu ausländischen Mitbürgern ist in den letzten Jahren angestiegen, sie hat sich von 1992 bis 1994 nahezu verdoppelt (1992: 20 Prozent; 1994: 38 Prozent).

Dem entspricht ganz der Rückgang des sozialen Distanzerlebens gegenüber Ausländern. Diese werden heute weniger häufig als fremd, „ungleichartig“, „kontaktunwürdig“ angesehen als noch vor wenigen Jahren. Eine wachsende Minderheit der Jugendlichen bejaht heute Kontakte mit Ausländern in verschiedenen typischen Situationen:

- Über 70 Prozent würden sich freiwillig neben einen Ausländer oder eine Ausländerin setzen bzw. mit ihr oder ihm in einer Gaststätte etwas trinken.
- Über 50 Prozent würden Ausländer auch nach Hause einladen.
- 37 Prozent können sich vorstellen, eventuell auch einen Ausländer bzw. eine Ausländerin zu heiraten.

Den Ausländer gibt es im Bewußtsein der Jugendlichen ohnehin nicht. Sie besitzen bereits sehr spezielle, der öffentlichen Meinung entsprechende Bilder und Stereotype von Angehörigen verschiedener Nationen oder Bevölkerungsgruppen, z. B. von Franzosen, Russen, Polen, Türken, Schwarzafrikanern. Bemerkenswert ist, daß sich die Sympathiebeziehungen der jungen Sachsen besonders zu Schwarzafrikanern und Vietnamesen, aber auch zu Polen, Russen und Türken seit 1990, insbesondere aber seit 1992 wesentlich verbessert haben.

Die Hauptgründe derjenigen, die Ausländer ablehnen, sind (entsprechend der aufgeführten Rangfolge) die folgenden:

Ausländer

- verschärfen die ohnehin komplizierte Wohnungslage;

- nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg;
- neigen zu Gewalt und Kriminalität.

Als vierter Grund werden Erfahrungen mit persönlicher Belästigung genannt.

VIII. Antisemitische Emotionen 1994 abgeschwächt

Auch die Einstellungen gegenüber Juden, die sich in der Wendezeit bei ostdeutschen Jugendlichen negativiert hatten, zeigen seit 1992 einen positiven Trend an. Juden werden heute von den jungen Sachsen um 7 Prozentpunkte weniger abgelehnt (1992: 19 Prozent; 1994: 12 Prozent), aber um 10 Prozentpunkte häufiger sympathisch bewertet. Die Mehrheit gibt allerdings ein indifferentes Verhältnis zu ihnen an. Dieser positive Einstellungstrend geht wiederum vorwiegend auf Wandlungsprozesse bei den Mädchen zurück. Die Jungen haben ihre Einstellungen seit 1992 nur ganz wenig verändert.

Die Einstellung zu Juden hängt entscheidend von der politisch-weltanschaulichen Position der jungen Leute ab. Rechtsorientierte sind fast zehnmal so häufig antisemitisch – vom Gefühl her gegen Juden eingestellt – wie Linksorientierte.

Die emotionale Einstellung zu Juden sollte heute als ein ganz wichtiges strukturierendes Kriterium für das politisch-weltanschauliche Bewußtsein der Jugend im Osten erkannt werden. Unsere Untersuchungen liefern dafür klare Belege.

IX. Urteile über Westdeutsche und Ostdeutsche – noch sehr divergent

Westdeutsche und Ostdeutsche werden nach wie vor (auch) von den jungen Sachsen sehr unterschiedlich eingeschätzt. Ganz im Sinne der Wirgruppen-Fremdgruppen-Divergenz werden den Ostdeutschen heute durchweg positiver ausgeprägte Eigenschaften (Stereotype) zugeschrieben als den Westdeutschen. Westdeutsche sind in ihren Augen weniger arbeitsam, intelligent, zuverlässig, aber stolzer auf Deutschland (was einer negativen Bewertung gleichkommt!). Vor allem werden sie als weniger sympathisch empfunden, worin wohl der eigentliche Motiv-Hintergrund der Negativbewertung liegt.

Im Vergleich zu 1992 haben sich die Urteile über Westdeutsche heute in allen genannten Eigenschaften weiter negativiert, auch die Sympathiewerte sind zurückgegangen. Doch werden auch die Eigenschaften der Ostdeutschen eindeutig negativer beurteilt als vor zwei Jahren. Mit einer Ausnahme: Der Sympathiebezug gegenüber der „Eigengruppe“ (den Ostdeutschen) hat sich nach 1992 sogar noch etwas verstärkt, was als Ausdruck einer gewachsenen Identifikation mit der Herkunft und als Abgrenzung von den Westdeutschen interpretiert werden kann.

Das sind durchaus keine natürlichen oder selbstverständlichen Erscheinungen. Im Gegenteil: Vor allem in den vergangenen zehn Jahren haben sich hier ganz andere, teilweise völlig konträre Wandlungsprozesse vollzogen.

Mit der Methode der Stereotypforschung haben wir seit 1968 vergleichbare Schülerpopulationen aus Sachsen erfaßt. Aus den zeithistorischen Vergleichen geht hervor, daß Westdeutsche in den sechziger und siebziger Jahren stets bedeutend negativer beurteilt wurden als „DDR-Bürger“, die auch als sympathischer eingeschätzt wurden. In den achtziger Jahren kehrte sich jedoch diese Relation um: Westdeutsche erschienen jetzt den DDR-Schülern zunehmend positiver und sympathischer. Der DDR-Bürger dagegen verlor stark an positiver Bewertung und an Sympathie. Dieser Trend kulminierte 1990, um danach innerhalb ganz kurzer Zeit (schon bis 1992) erneut umzuschlagen: Die alten Klischees lebten wieder auf.

X. Nationalistische Anschauungen werden weniger vertreten

Mit nationalistischen Anschauungen und Losungen, wie sie von rechtsextremen Kreisen propagiert werden⁴, identifizieren sich heute etwa 12 bis 15 Prozent der sächsischen Jugendlichen: Jungen zwei- bis dreimal so häufig wie Mädchen; Rechtsorientierte zehn- bis zwanzigmal so häufig wie Linksorientierte (bei verschiedenen Indikatoren); Mittelschüler viel häufiger als Gymnasiasten.

⁴ Unsere Indikatoren lauten u. a.:

- Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte.
- Wir Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.
- Deutschland den Deutschen!
- Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.

Unsere Vergleichsstudien zeigen eine charakteristische zeithistorische Verlaufskurve an: Vor 1989 wurden solche Anschauungen von DDR-Schülern relativ selten geäußert. 1990 kam es jedoch zu einem sprunghaften Anstieg der Akzeptanz, die bis 1992 anhielt. Danach trat wieder ein rückläufiger Trend deutlich zutage. Die Quoten dieses Rückganges betragen zwischen 1992 und 1994 bei den einzelnen Indikatoren 40 bis 50 Prozentpunkte, bei den Mädchen liegen sie teilweise sogar über 50 Prozentpunkten. Damit werden fast die Werte aus den Untersuchungen vor 1989 wieder erreicht.

Einen ganz ähnlichen Verlauf hat nach unseren Studien die Einstellung zum Nationalsozialismus in den letzten Jahren genommen: Daß der Faschismus auch gute Seiten hatte, meinten 1992 noch 24 Prozent der sächsischen Schüler, 1994 war dieser Anteil auf 16 Prozent zurückgegangen.

Für eine Machtergreifung durch eine neue nationalsozialistische Partei votieren gegenwärtig noch fünf Prozent der 14- bis 18jährigen in Sachsen, acht Prozent der männlichen und drei Prozent der weiblichen Jugendlichen.

Einen mit starker Hand regierenden Führer wünschen Ende 1994 14 Prozent der männlichen und 8 Prozent der weiblichen Schüler.

XI. Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft sind unverändert hoch

Die Einstellung zur Gewaltanwendung ist bei sächsischen Jugendlichen nach wie vor besorgniserregend. Gewalt wird als Mittel der Auseinandersetzung im sozialen Umgang von einem großen Teil der Schüler akzeptiert und von einem kleineren Teil auch praktiziert.

Nur etwa die Hälfte aller Schüler lehnt Gewalteinsatz gegen Personen prinzipiell ab: knapp 40 Prozent der Jungen, jedoch 60 Prozent der Mädchen. Eindeutig für Gewaltanwendung, „um seine Interessen durchzusetzen“, sind 24 Prozent der Jungen und 7 Prozent der Mädchen. Mittelschüler sprechen sich fast doppelt so häufig wie Gymnasiasten und Rechtsorientierte fast dreimal so häufig wie Linksorientierte für Gewalt bei der Durchsetzung eigener Interessen aus.

Bemerkenswert ist, daß sich diese Einstellung seit 1992 nur wenig (und nur bei den Mädchen) positiv verändert hat. Vor allem hat die Gewaltbereit-

schaft gegenüber Angehörigen der politischen Gegenseite nicht abgenommen. Sie tritt bei den Rechtsaußen wie bei den Linksaußen besonders stark hervor (76 bzw. 51 Prozent), bei den Vertretern der Mitte sehr viel weniger (11 Prozent).

Offensichtlich ist die Bereitschaft zur Gewalttätigkeit bei bestimmten Teilgruppen der Jugend – insbesondere bei den politisch uneingeschränkt Positionierten – sehr fest ausgeprägt. Das trifft auch auf die Bereitschaft zu aggressiven Verfolgungsaktionen gegen Ausländer zu. Acht Prozent der Jugendlichen (wie schon 1992) haben bereits an Jagden auf Ausländer teilgenommen bzw. würden dies tun, ganz überwiegend Jungen und fast ausschließlich Rechtsorientierte. Allerdings ist die Zahl der solche Aktionen strikt Ablehnenden seit 1992 tendenziell von 73 Prozent auf 77 Prozent angestiegen.

Um sich vor gewalttätigen Überfällen zu schützen, besitzen 22 Prozent der männlichen Schüler in Sachsen eine Stich-, Hieb- oder Schußwaffe, 24 Prozent möchten sich demnächst eine zulegen.

18 Prozent der Mädchen besitzen einen Abwehrspray, 60 Prozent wollen sich noch einen besorgen. Das ist ein Ausdruck der großen, weit verbreiteten Angst vor Gewalt. Allerdings können solche Waffen immer auch zu Angriffen genutzt werden. Das Schutzmotiv zum Erwerb dürfte bei einem kleineren Teil der Jugendlichen von vornherein auch mit der Absicht zur aktiven Anwendung bei Gewalttaten verbunden sein.

XII. Fazit: Wichtige Trends seit 1992 im Überblick

Seit Frühjahr 1992 haben sich bei der sächsischen Schuljugend in verschiedenen Einstellungsbereichen *bedeutende Wandlungsprozesse* vollzogen. Wesentliche Merkmale (Einstellungen, Orientierungen, Verhaltensweisen) haben sich verstärkt, andere abgeschwächt. Die Trends sind teilweise widersprüchlich, auch in Untergruppen vielfach differenziert und bedürfen einer sorgfältigen Analyse. Eindeutige Trends sollen hier nochmals zusammenfassend genannt werden:

Folgende Einstellungen bzw. Verhaltensdispositionen haben sich in der Gesamtgruppe verstärkt:

- Hedonistische und egozentrisch/private Lebensorientierungen sind deutlich weiter angewachsen.

- Die Jugendlichen entscheiden sich häufiger für linke und für mittlere Positionen im Links-Rechts-Spektrum.
- Das Gefühl, Bürger der ehemaligen DDR zu sein, hat sich wieder erheblich verstärkt.
- Kontakte mit Ausländern werden in den letzten Jahren mehr gesucht und gepflegt.
- Die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation der Familie hat sich deutlich erhöht.
- Die Angst vor späterer Arbeitslosigkeit, insbesondere die Sorge um einen Ausbildungsplatz nach Schulabschluß, ist größer geworden.

Folgende Einstellungen haben sich abgeschwächt:

- Die Ausländerfeindlichkeit hat abgenommen. Ausländer werden von viel weniger Jugendlichen negativ und feindselig betrachtet, als kontaktunwürdig gemieden. Besonders zurückgetreten sind die Antipathien gegen Schwarzafrikaner, Vietnamesen, Polen, Türken.
- Der Antisemitismus (der stets nur von einem kleinen Teil der ostdeutschen Jugendlichen vertreten wurde) hat sich – vor allem bei den Mädchen – weiter reduziert.
- Die Selbsteinstufung auf der rechten Seite des Links-Rechts-Spektrums ist seit 1992 stark rückläufig. Die Zahl der Rechtsorientierten ist geringer geworden. Struktur und Radikalität der Ideologie der Vertreter rechter Positionen haben sich jedoch kaum verändert.
- Rechtsextreme Anschauungen und Orientierungen werden heute teilweise erheblich weniger akzeptiert. Das betrifft vor allem nationalistische Auffassungen und Losungen, die Verharmlosung des NS-Systems, aber auch autoritär-patriarchalische Verhaltensweisen wie z. B. die Vaterdominanz in der Familie.
- Die Freude über die deutsche Einheit hat sich zugunsten ambivalenter, gemischter Gefühle abgeschwächt.
- Die Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik hat sich verringert.

- Die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik ist leicht zurückgegangen.
- Der Verfall des Politikinteresses hält an, die Ausprägung starken Interesses geht jetzt in Teilgruppen gegen Null.
- Soziale Werte und Hilfsbereitschaft haben als verhaltensorientierende Lebensziele an Bedeutung verloren.
- Der Anteil Jugendlicher mit einschränkungslosem Zukunftsoptimismus hat erstmals abgenommen, für die meisten ist ein eher gedämpfter Optimismus typisch.
- Die Zufriedenheit mit den Beziehungen zu den Eltern hat sich leicht abgeschwächt.
- Die Sympathie für „Westdeutsche“ ist noch etwas zurückgegangen.

Gleichgeblieben sind oder nur wenig verändert haben sich folgende Einstellungen bzw. Verhaltensdispositionen:

- Die nur noch bei weniger als der Hälfte der Schüler vorhandene Identifikation mit den verschiedenen parteipolitischen Richtungen ist faktisch gleichgeblieben.
- Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft sind unvermindert hoch. Die Gewaltbereitschaft ist im Alltag immer noch bedenklich hoch, besonders gegenüber dem politischen Gegner. Die Bereitschaft, „Ausländer zu jagen“, hat (bei Rechtsorientierten) ebenfalls nicht nachgelassen.
- Das Gefühl der persönlichen Bedrohung durch Rechtsradikalismus und durch Egoismus in den Beziehungen zwischen den Menschen hat sich mit einem hohen Ausprägungsgrad erhalten.
- In der Persönlichkeitsstruktur tiefer verankerte Eigenschaften wie Selbstbewußtsein, Selbstvertrauen, aktive Lebenseinstellung, Risikobereitschaft haben sich in der Selbsteinschätzung der Jugendlichen seit 1992 sehr wenig verändert. Das trifft auch auf die körperliche Befindlichkeit der Jugendlichen, auf ihre Angaben über psychosomatische Beschwerden und Gesundheitsgefühle voll zu.

Die Generation der Vereinigung

Jugendliche in den neuen Bundesländern über die Plan- und Marktwirtschaft

I. Vorbemerkungen

Der Wirtschaftsaufbau in den neuen Bundesländern braucht eine aufgeschlossene Jugend. Jeder vierte Deutsche unter 30 Jahren lebt in den neuen Bundesländern; 2,7 Millionen ostdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene sind heute zwischen 16 und 29 Jahre alt. Die meisten von ihnen erleben also den gesellschaftlichen Umbruch in einer Phase der ersten wichtigen Lebensentscheidung, der Berufsfindung und beruflichen Entwicklung. Sich über ihren Wertewandel Gedanken zu machen ist nicht nur eine Frage der Retrospektive, um rückwärtsgewandt die DDR-Vergangenheit zu dechiffrieren, sondern bedeutet vor allem zu fragen, wie die Jugendlichen in der sozialen Marktwirtschaft Fuß fassen konnten, welche Ansprüche sie stellen und wie sie ihre Zukunft sehen.

Gegenstand der vorgestellten Analyse war es deshalb nicht, ein komplettes soziologisches Bild der ostdeutschen Jugend zu entwerfen, im Vordergrund stand eher eine Meinungserkundung über ihren Weg von der Plan- in die Marktwirtschaft. Die verbreiteten Ost-Klischees und die immer wieder zitierte vermeintliche DDR-Nostalgie sind Anlaß genug, eine genauere Kenntnis über die Vergangenheitsbewältigung der ostdeutschen Jugend und gleichermaßen ihre wirtschaftliche Neuorientierung zu gewinnen.

Wenn man dem Wertewandel unter den Jugendlichen seit der Wende, ihrer Distanz zur Sozialismus-Ideologie und den verbliebenen Rudimenten nachgehen will, scheint in zweierlei Hinsicht Vorsicht geboten: Da ist zum einen die Versuchung, aus den Antworten auf ein bis zwei pauschalisierende Fragen – wie etwa „Was halten Sie vom Sozialismus?“ oder „Was gab es in der DDR Erhaltenswertes?“ – ein Gesamtbild zu erzeugen, das das ganze Wertespektrum und seine Veränderung überhaupt nicht wiedergeben kann. Solche Fragen bieten zu viele Freiräume für Interpretationen, und wenn sie nicht vertieft werden, fördert das eher die Verständigungsschwierigkeiten. Zum anderen werden Umfrageergebnisse aus der Ge-

samtbevölkerung gern vorschnell auf die Jugend übertragen. Denken die Jugendlichen überhaupt wie die ältere Generation? Die Demoskopen mußten im vergangenen Jahr eine allgemeine Stimmungverschlechterung unter den Ostdeutschen in bezug auf ihre Meinung zur Marktwirtschaft feststellen. Bei den Jugendlichen sind nach den Ergebnissen unserer Umfrage Veränderungen zum Positiven erkennbar. Es ist aber durchaus berechtigt, wenn bei solchen Bewertungen immer wieder auf den notwendigen Realismus verwiesen wird. Beziehen sich diese Einschätzungen außerdem auf die ostdeutsche Jugend als Ganzes, ohne daß sich das auch aus den Antworten der verschiedenen Alters- und Statusgruppen heraus ergibt, sind einseitige Verallgemeinerungen kaum auszuschließen.

Im vorliegenden Fall wurde versucht, durch ein größeres Spektrum vertiefender Fragen die gefestigteren Positionen des Meinungswandels kennenzulernen. Die Ergebnisse beruhen auf einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Berliner Büro, bei 2 700 Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren im ersten Halbjahr 1995¹. Im Unterschied zu anderen Untersuchungen wurden Schüler, Lehrlinge, Studenten, Arbeiter, Angestellte, selbständige und arbeitslose Jugendliche jeweils in repräsentativen Gruppen befragt und Altersklassen gebildet. Der unterschiedliche Erfahrungshorizont, der damit erfaßt werden konnte, ist schon deshalb so wichtig, weil für die heute 16jährigen, zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung gerade erst 10 Jahre alt, die DDR-Vergangenheit und der Sozialismusbezug als „Ideologie“ keine solche Rolle spielen wie bei den älteren Jugendlichen.

Bei einem Thema wie Sozialismus und Marktwirtschaft im Meinungsbild der Jugend lag es nahe, gewissermaßen als Pendant, neben den Einschätzungen der Jugendlichen außerdem eine Umfrage unter Geschäftsführern und Personalleitern ostdeutscher Firmen durchzuführen, um eine Bewer-

1 Angeregt und finanziert wurde dieses Projekt von der Informedia-Stiftung Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln.

Tabelle 1: Auffassungen ostdeutscher Jugendlicher über die Realisierbarkeit ihrer beruflichen Vorstellungen 1995

| Halten Sie Ihre beruflichen Absichten für realisierbar? (Anteile in Prozent) | | | | |
|---|-----------------------------|---------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|
| | ja, mit guten Aussichten | ja, aber mit Schwierigkeiten | erst in einigen Jahren positiv | längerfristig aussichtslos |
| Gesamt | 46,6 | 39,0 | 12,3 | 2,1 |
| Schüler | 28,4 | 57,7 | 10,0 | 4,0 |
| Lehrlinge | 49,1 | 34,2 | 14,1 | 2,7 |
| Studenten | 41,7 | 45,0 | 11,4 | 1,9 |
| Arbeiter | 46,3 | 33,6 | 17,6 | 2,6 |
| Angestellte | 58,3 | 33,9 | 7,5 | 0,4 |
| Selbständige | 57,5 | 34,4 | 8,1 | 0,0 |
| Arbeitslose | 23,8 | 48,7 | 20,1 | 7,5 |
| Altersgruppen | | | | |
| 16-19 | 39,1 | 45,0 | 12,3 | 3,5 |
| 20-24 | 51,2 | 35,8 | 11,5 | 1,5 |
| 25-29 | 47,0 | 38,3 | 12,9 | 1,8 |
| männlich | 49,1 | 36,8 | 12,5 | 1,6 |
| weiblich | 41,9 | 43,4 | 11,6 | 3,1 |

Quelle: Umfrage des IW Köln, Berliner Büro, Berlin 1995.

tung der jungen Generation aus der Wirtschafts-
praxis heraus einbeziehen zu können.

II. Selbstvertrauen und Zukunftserwartungen

Im Ergebnis der Untersuchung präsentiert sich eine durchaus zuversichtliche Generation, die auf Leistung setzt und zukunftsorientiert denkt. Trotz vieler familiärer und persönlicher Probleme, die die Transformation für die meisten ostdeutschen Jugendlichen mit sich brachte, sind diese selbstbewußter geworden und überzeugt, ihre Lebensziele heute besser verwirklichen zu können als im realen Sozialismus der DDR. Sie sehen keine unüberbrückbaren Barrieren darin, mit den neuen Freiheiten fertig zu werden, Initiative zu ergreifen, Beruf und Fortkommen in die eigenen Hände zu nehmen, Chancen zu nutzen. Dieses starke Selbstwertgefühl kommt in verschiedener Weise zum Ausdruck. Es korrespondiert in den Antwortquoten sehr eng mit dem, was Elisabeth Noelle-Neumann das Grundgefüge der Einheits-Empfindungen nennt, mit der Freude über die Wiederver-

einigung, wenngleich von den Medien eher ein negativer Eindruck ausgeht².

69 Prozent der ostdeutschen Jugend bewerten die Situation nach der Wiedervereinigung für sich persönlich als Chance. Daß nicht alles glatt läuft und mit Unsicherheiten verbunden ist, spielt dabei keine Rolle. Immerhin sehen sich 23 Prozent neuen, hohen Ansprüchen gegenüber, aber daß ihre Lebensvorstellungen ohne Perspektive seien, äußern nur drei Prozent. Als nicht weniger wichtig angesehen wird die größere persönliche Freiheit. 87 Prozent der ostdeutschen Jugend heben dieses Grundrecht hervor. Angesichts einer solchen Zustimmung besteht kein Grund, die These auf die Jugend zu beziehen, vom Freiheitsempfinden der Wendezeit sei immer weniger die Rede, es interessiere vor allem die materielle Seite der deutschen Einheit.

Die Jugendlichen erwarten von ihrer Zukunft etwas. Rund 86 Prozent halten ihre beruflichen Absichten für realisierbar, wenngleich 39 Prozent damit rechnen, daß dies nicht ohne Schwierigkeiten zu meistern sein wird. Für erst in einigen Jah-

² Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Wie nah? Wie fern?, in: wir. (Wirtschafts-Initiativen für Deutschland e.V.), Jahresbericht 1995, S. 16.

ren – aber trotzdem positiv – lösbar halten sie rund 12 Prozent. Auf dem „no-future-trip“ befinden sich nicht mehr als zwei Prozent. Daß allerdings die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen die Schwierigkeiten hervorheben, mit denen sie in beruflichen Fragen zu kämpfen haben, ist verständlich. Aber knapp 73 Prozent sind nach wie vor überzeugt, ihre beruflichen Ziele durchsetzen zu können, 20 Prozent erst in einigen Jahren, und nur acht Prozent rechnen sich keinen Erfolg aus. In dieser Beziehung läßt sich kein gravierender Unterschied zu anderen Jugendlichen feststellen. Insgesamt ergibt sich für die Zukunftserwartungen ein positiver Grundbefund (vgl. Tabelle 1).

Und was ist mit jungen ostdeutschen Frauen? Sie gehen zwar insgesamt von mehr Problemen und Schwierigkeiten aus als die Männer, aber in der Bewertung ihrer beruflichen Möglichkeiten sind sie genauso selbstbewußt. Der Wunsch zur Erwerbstätigkeit ist bei ihnen ungebrochen. Von allen jungen Frauen resignieren bei den beruflichen Chancen drei Prozent, von den Männern knappe zwei Prozent.

Schwierig gibt sich die Gruppe der 16- bis 19jährigen, vor allem die der Schüler, die mehr Unsicherheiten in bezug auf die beruflichen Aussichten sehen, obwohl sie längerfristig ihre Perspektiven ebenfalls zu 96 Prozent als gut bewerten. 58 Prozent erwarten allerdings, daß dieser Weg nicht leicht sein wird und vieler Anstrengungen bedarf. Individuelle Vorstellungen auf der einen Seite und reale Möglichkeiten des Arbeitsmarktes auf der anderen bringen Anpassungsschwierigkeiten mit sich, die nicht ohne Umorientierung in der Berufswahl und erhebliche Eigenbemühungen befriedigend zu bewältigen sind. Für Schüler und Eltern ist das nach den Jahrzehnten staatlicher Berufslenkung in der DDR eine neue Erfahrung, die praktisch gemeistert sein will.

III. „Wende rückwärts“ nicht gefragt

Wie steht es um das vielbeschworene ostdeutsche Beharrungsvermögen? Die Ergebnisse sprechen nicht dafür, daß die Jugendlichen etwa die früheren Verhältnisse zurückwünschen würden und nach den Vorstellungen des DDR-Sozialismus leben möchten. Zwar halten auch in dieser Umfrage 37 Prozent von ihnen den Sozialismus für eine schlecht ausgeführte, aber immerhin gute Idee. Die innere Distanz, auf die die Jugendlichen zur Staatsdoktrin der DDR gegangen sind, ist

jedoch größer, als sich das aus den Antworten zur Idee des Sozialismus ablesen läßt. Man sollte zurückhaltend sein, auf dieser Basis den Jugendlichen eine besondere DDR-Identität zu unterstellen. Fragt man, ob sie den Sozialismus wirklich zurückhaben wollen, bejahen dies ganze 1,3 Prozent. 59 Prozent lehnen sozialistische Experimente rundweg ab, und 73 Prozent antworten darüber hinaus auf die zu DDR-Zeiten strapazierte These von der „Überlegenheit des realen Sozialismus“, daß diese für sie von der Wirklichkeit widerlegt ist und nicht ihrer Auffassung entspricht. Nicht anders fällt die Antwort auf die Frage aus, was am politischen System der DDR vor allem gefehlt habe. 95 Prozent nennen die Meinungsfreiheit und 90 Prozent die Demokratie.

Bei diesen Quoten ist es auch nicht so gravierend, wenn die Reisefreiheit mit 96 Prozent an der Spitze der Antworten liegt. Auf alle Fälle nehmen die politischen Grundrechte, die die Einheit brachte, bei den Jugendlichen einen wichtigeren Rang ein als beispielsweise das höhere Konsumniveau oder die damals fehlende D-Mark. Ebenso überzeugend ist bei den Jugendlichen, daß 87 Prozent die Umweltsünden zu DDR-Zeiten nicht nur beklagen, sondern als Systemmangel des Sozialismus bezeichnen. Nur sieben Prozent lasten dies der DDR nicht an.

Bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit spielt allerdings der altersbedingte Erfahrungshorizont der Jugendlichen eine nicht unwichtige Rolle. Von den politischen Zwängen fühlten sich besonders die 25- bis 29jährigen jungen Erwachsenen betroffen. 74 Prozent empfanden die innerdeutsche Mauer und den Schießbefehl als eine starke Belastung. Bei den 16- bis 19jährigen, damals zur Wende noch im Kindesalter, antworteten deutlich weniger in diesem Sinne (46 Prozent). Aber gleichgültig und unbelastet äußerten sich von allen Jugendlichen nur sieben Prozent. Ohne eine differenzierte Berücksichtigung des Lebensbildes der Altersgruppen würden solche Gesamtschätzungen an politischen Konturen verlieren.

Zunehmend wächst auch die Zahl der jungen Leute, die mit den Begriffsinhalten der Sozialismus-Ideologie, wie „Diktatur des Proletariats“, nichts mehr anfangen können oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen. Von den 16- bis 19jährigen waren das 35 Prozent.

Vieles von dem, was an Sozialismusgedanken in den Köpfen der Jugendlichen überhaupt noch übriggeblieben ist, ähnelt eher sozialen Fiktionen und vagen Vorstellungen. Immerhin wurde selbst bei Umfragen in den alten Bundesländern von

39 Prozent zumindest die Idee des Sozialismus als gut bezeichnet, ohne daß damit eine größere praktische Relevanz für das politische Verhalten verbunden war.

Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Planwirtschaft überwiegt nüchterner Realismus. Die Illusionen über das, was in der DDR gern als „soziale Errungenschaften“ bezeichnet wurde, sind bei den meisten Jugendlichen gering, obwohl immer wieder zu hören ist, dies sei der Werteposten, der sich bei aller sonstigen Ablehnung des DDR-Systems und trotz der realsozialistischen Pleite verfestigt habe. Tatsächlich waren aber nur acht Prozent der befragten ostdeutschen Jugendlichen der Meinung, daß die sozialen Leistungen – gemeint ist die Subventionierung etwa der Mieten oder der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel – sowie die vielen bezahlten Freistellungen von der regulären Arbeit der realen Produktivität der Wirtschaft entsprachen. Betrachtet man die Arbeiter unter den Jugendlichen, sind sich 74 Prozent bewußt, wie wenig damit Leistung motiviert wurde und statt dessen vielfach Gleichgültigkeit und Ineffizienz die Folge waren.

Von größerem Interesse ist jedoch die Antwort der ostdeutschen Jugendlichen auf die Frage, inwieweit solche Prinzipien in die Marktwirtschaft übernommen werden sollten. Bemerkenswert ist dafür beispielsweise die Meinung über den staatlichen Erhalt von unrentablen Arbeitsplätzen. 87 Prozent äußern gegen eine solche Subventionierung von Arbeitsplätzen zum Zwecke der Vollbeschäftigung Bedenken. 58 Prozent sprechen sich direkt dagegen aus und 29 Prozent haben Zweifel. Ausdrücklich für erhaltenswert erachten sie nur acht Prozent. Das bedeutet auf der anderen Seite nicht, daß Ängste vor Arbeitslosigkeit die Jugendlichen nicht belasten würden.

Ostdeutschen Frauen wird oft unterstellt, sie seien solchen DDR-Prinzipien besonders verhaftet. 86 Prozent bezweifeln aber den Sinn einer Stützung von Arbeitsplätzen, die keine Chance am Markt besitzen und ohne Perspektive sind.

Erwartungsgemäß haben arbeitslose Jugendliche, wenn es um diese Subventionen geht, größere Hoffnungen. 17 Prozent sind dafür, die Zustimmung ist bei ihnen doppelt so groß wie bei den ostdeutschen Jugendlichen insgesamt. Ungeachtet dessen bleibt auch für die jungen Arbeitslosen festzustellen, daß über 70 Prozent von ihnen die Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze ablehnen oder zumindest Zweifel daran haben.

Demgegenüber werden Unterstützungen für Sport und Kultur und bessere Bedingungen für alleinerziehende Mütter von der überwiegenden Mehrheit aller Jugendlichen eingefordert. Ohne größere Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen und durchgängig in allen Berufsgruppen wird diese Meinung vertreten. 67 Prozent plädieren für die Förderung von Sport und Kultur und 89 Prozent engagieren sich für alleinerziehende Mütter.

IV. Mängelliste der Planwirtschaft

Die Planwirtschaft ist für die jungen Leute passé. Die Einmischung der SED in die Wirtschaft und fehlerhafte Wirtschaftspolitik werden von mehr als 80 Prozent als Hauptgründe für den Zusammenbruch der DDR-Planwirtschaft angeführt. Daß aber genauso viele das Ende der Planwirtschaft auf das Wirtschaftssystem selbst zurückführen, ist das aussagekräftigere Ergebnis dieses Fragenkomplexes. Ca. 82 Prozent aller ostdeutschen Jugendlichen sehen dies so. Damit bewerten sie das Scheitern der staatlichen Kommandowirtschaft nicht nur als subjektives Versagen der DDR, sondern sie halten die Planwirtschaft für das falsche Wirtschaftsmodell schlechthin. Ca. 77 Prozent der Jugendlichen nennen denn auch als weitere Gründe die fehlende privatwirtschaftliche Initiative und den fehlenden Wettbewerb. Darüber hinaus geben knapp 72 Prozent den technischen Rückstand und Ineffizienz der Wirtschaft an und 80 Prozent die nicht konvertierbare Währung. Die Planwirtschaft ist also für die Mehrzahl der Jugendlichen, in ihrem subjektiven politischen Erscheinungsbild wie im ordnungspolitischen Sinne, diskreditiert (vgl. Tabelle 2).

Einfluß auf die Meinungsbildung hat auch hier, wie schon bei anderen mit der Ideologie des Sozialismus im Zusammenhang stehenden Fragen, der Erfahrungshorizont. In der Altersgruppe der 16- bis 19jährigen, und dabei wieder besonders bei den Schülern, fällt dieser Erkenntnisprozeß bei weitem nicht so deutlich aus. Während beispielsweise das subjektive Versagen der Politiker und die Einmischungspolitik der SED in die Wirtschaft von 81 Prozent aller Jugendlichen hervorgehoben werden, sind es bei den Schülern 58 Prozent. Einsichten, die wir bei den älteren Jugendlichen heute vorfinden und die gewissermaßen das Ergebnis eigener Vergangenheitsbewältigung sind, wachsen bei den Jüngeren nicht einfach nach. Ohne die Verhältnisse in der DDR aktiv miterlebt zu haben,

Tabelle 2: Meinungen über die Ursachen des Zusammenbruchs der DDR-Planwirtschaft 1995

| Was hat Ihrer Meinung nach alles den Zusammenbruch der DDR-Planwirtschaft herbeigeführt? (Anteile in Prozent) | | | | | |
|--|------------|-------|-------|-----------------|---------------------------|
| | sehr stark | stark | wenig | überhaupt nicht | unentschieden, weiß nicht |
| Falsches, nicht lebensfähiges Wirtschaftssystem | 46,8 | 35,6 | 11,3 | 2,9 | 3,4 |
| Unfähigkeit und Fehler der Wirtschaftspolitiker | 44,7 | 38,2 | 11,3 | 0,9 | 4,9 |
| Einmischung der SED in die Wirtschaft | 50,3 | 31,4 | 10,8 | 1,4 | 6,2 |
| Fehlende Privatinitiative und Wettbewerb | 49,8 | 27,4 | 14,0 | 4,8 | 4,0 |
| Mangelwirtschaft und keine frei konvertierbare Währung | 44,3 | 36,0 | 12,3 | 1,5 | 5,9 |
| Versagen des RGW | 15,2 | 25,1 | 36,1 | 4,6 | 19,0 |
| Zentraler Planungsbürokratismus und Bevormundung der Betriebe | 51,9 | 33,5 | 7,3 | 1,5 | 5,8 |
| Technischer Rückstand und niedrige Produktivität | 34,8 | 36,7 | 20,6 | 4,4 | 3,4 |

Quelle: wie Tabelle 1.

bedarf es für sie zunehmend vermittelnder Möglichkeiten der geistigen Auseinandersetzung mit dem System der DDR. Ein „Zustandsbericht“ der ostdeutschen Jugend im sechsten Jahr nach der deutschen Einheit läßt dies, rein „statistisch“ betrachtet, schon nicht mehr sichtbar werden.

V. Wert der Demokratie

Erfahrungen mit der Demokratie waren für die ostdeutschen Jugendlichen etwas Neues. Was dabei das Bekenntnis zur Demokratie anbelangt, liegen die Antwortquoten der Zustimmung mit 89 Prozent bei denen in den alten Bundesländern. Wir kennen aber auch die skeptischen Äußerungen, wonach es der Jugend an demokratischen Überzeugungen mangelt. Die hier angeführten grundsätzlich bejahenden Antworten der ostdeutschen Jugendlichen zur Demokratie verdienen mehr Aufmerksamkeit, denn sie schließen den unzweifelhaft bestehenden Nachholbedarf in bezug auf Demokratieerfahrungen, -normen und Institutionen überhaupt nicht aus. Dennoch sollen fehlende Erfahrungen nicht zu dem „Umkehrschluß“ benutzt werden, es sei bisher nicht gelungen, den jungen Leuten in Ostdeutschland die

Werte der Demokratie zu vermitteln. Man kann ihnen durchaus ein Urteil über die grundlegenden Unterschiede zu den DDR-Verhältnissen zutrauen. Die Jugendstudie des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) Mannheim, die u. a. der Frage nachgegangen ist, inwieweit von den ostdeutschen Jugendlichen die Einführung einer politischen Ordnung nach westlichem Muster befürwortet wird, kommt zum gleichen Ergebnis³.

Die höchste Zustimmung zur Demokratie gibt es nach den Ergebnissen unserer Umfrage aus den Reihen der Studenten, Angestellten und Selbständigen, die jeweils mit 93 Prozent noch über dem Durchschnitt aller Jugendlichen liegen. Von den Lehrlingen stimmen 71 Prozent dafür, 8 Prozent sind vom Wert der Demokratie noch nicht überzeugt, 21 Prozent wissen nicht sicher, wie sie sie beurteilen sollen. Beeinflußt wird die Zustimmung bei den arbeitslosen Jugendlichen zweifellos von ihrer unmittelbaren sozialen Situation. 69 Prozent identifizieren sich ohne Vorbehalte mit der Demokratie, 14 Prozent nehmen sie nicht so wichtig, und

³ Vgl. Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in den alten und neuen Bundesländern, Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), Juni 1995, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mannheim 1995, S. 110.

Tabelle 3: Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft unter ostdeutschen Jugendlichen 1995

| Von den Möglichkeiten der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik haben ... (Anteile in Prozent) | | | |
|---|-------------------|--------------------------|--------------------|
| | eine gute Meinung | keine eindeutige Meinung | keine gute Meinung |
| Gesamt | 49,0 | 37,3 | 13,7 |
| Schüler | 40,1 | 39,8 | 20,0 |
| Lehrlinge | 47,5 | 33,0 | 19,5 |
| Studenten | 39,9 | 39,3 | 20,9 |
| Arbeiter | 50,8 | 38,2 | 10,9 |
| Angestellte | 53,2 | 41,1 | 5,7 |
| Selbständige | 71,7 | 23,4 | 4,9 |
| Arbeitslose | 39,7 | 46,9 | 13,4 |
| Altersgruppen | | | |
| 16-19 | 43,5 | 38,4 | 18,1 |
| 20-24 | 49,7 | 35,4 | 14,9 |
| 25-29 | 51,4 | 38,3 | 10,3 |
| männlich | 53,1 | 34,5 | 12,4 |
| weiblich | 41,5 | 42,4 | 16,1 |

Quelle: wie Tabelle 1.

17 Prozent können sich nicht entscheiden. Von dieser Gruppe geht die größte Skepsis aus. Die Vermutung, daß Frauen mehr auf Distanz gehen würden, bestätigte sich in der Umfrage nicht. 90 Prozent der befragten jungen Frauen betrachten die Demokratie als eine wertvolle Errungenschaft, sogar etwas mehr als bei den männlichen Jugendlichen, lediglich 1,4 Prozent sind nicht dafür.

VI. Akzeptanz der Marktwirtschaft

Und wie fällt der Brückenschlag zur sozialen Marktwirtschaft aus? Knapp 14 Prozent der jungen Ostdeutschen sind schlecht auf die Marktwirtschaft zu sprechen. Das Überraschende an diesem Ergebnis liegt im Vergleich: Im Westen Deutschlands haben 17 Prozent keine gute Meinung zur Marktwirtschaft. Knapp die Hälfte aller befragten ostdeutschen Jugendlichen steht dieser jedoch positiv gegenüber, 37 Prozent zögern noch mit der endgültigen Bewertung. Einer anderen Umfrage zufolge – um einen Vergleich zu führen – votieren 55 Prozent der Ostdeutschen für die Marktwirtschaft⁴.

Auch unter der Jugend bestätigt sich, daß eine deutliche Ablehnung der Planwirtschaft nicht automa-

tisch mit einer Reverenz an die Marktwirtschaft einhergeht, was bei Schülern, Lehrlingen und Studenten am deutlichsten zum Ausdruck kommt. 20 Prozent äußern sich negativ zur Marktwirtschaft. Selbst bei den arbeitslosen Jugendlichen und bei den jungen Frauen sind es weniger, nämlich 13 und 16 Prozent, die sich nicht für die Marktwirtschaft aussprechen. Wesentlich auffälliger als diese Unterschiede ist etwas anderes: Recht groß fällt in allen Gruppen der Anteil derer aus, die sich in der Meinungsbildung über die Marktwirtschaft noch abwartend verhalten. Bei den arbeitslosen Jugendlichen liegt dies besonders nahe. Rund 47 Prozent von ihnen sind unentschieden und machen ihre Entscheidung vermutlich von ihrem weiteren beruflichen Erfolg und sozialen Fortkommen abhängig. Bei den jungen Frauen sind es rund 42 Prozent. Marktwirtschaft persönlich zu akzeptieren heißt ja nicht allein, sich nur ihrer allgemeinen Vorzüge bewußt zu sein. Viel wesentlicher für die jungen Leute ist, durch eigene Leistung und Initiative in dieser Wirtschaftsordnung zum Erfolg zu kommen, Chancen wahrzunehmen und sich selbst zu bewähren (vgl. Tabelle 3).

⁴ Vgl. Renate Köcher, Ist die Marktwirtschaft nicht menschlich genug?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. August 1995, S. 5.

VII. Durchsetzungsvermögen und Schwierigkeiten

Nahe liegt die Frage, welchen mentalen Schwierigkeiten sich die ostdeutschen Jugendlichen nach der Wende besonders ausgesetzt fühlen. Die Antworten der jungen Leute fallen aber sehr viel unbefangener aus, als das „Problematisieren“ von mentalen Unterschieden zwischen Ost und West lieb sein dürfte. Größere „Berührungsängste“ gegenüber den westdeutschen Landsleuten kennt die Mehrheit der ostdeutschen Jugendlichen nicht. Wenig und überhaupt keine Bedenken haben 75 Prozent, und 20 Prozent sehen in der Frage, von Westdeutschen anerkannt zu werden, für sich ein erhebliches Problem.

Wie steht es um das Durchsetzungsvermögen und die Selbständigkeit, die für Beruf und im weiteren Sinne die Lebensverhältnisse in einer Marktwirtschaft entscheidend sind? Nicht mehr als 20 Prozent geben an, damit größere Schwierigkeiten zu haben. Am wenigsten davon betroffen fühlen sich unter den Jugendlichen erwartungsgemäß die Selbständigen. Die wirtschaftlichen Ansprüche meistern und sich durchsetzen zu können, ist bei ihnen am stärksten ausgeprägt. Nur ganzen fünf Prozent dieser Gruppe bereitet das nennenswerte Probleme.

Auch die jungen ostdeutschen Frauen lassen keinen Zweifel an ihrer Leistungsbereitschaft aufkommen. Sie fühlen sich in dieser Beziehung weder den männlichen Jugendlichen unterlegen, noch weichen sie vom Durchschnitt aller Jugendlichen ab. Sie sehen sich ausreichend aktiv, um mit den neuen Ansprüchen fertig zu werden.

Trotzdem wäre es nicht angebracht, bei der Mehrzahl der Jugendlichen von einer Unterschätzung all dessen zu sprechen, was auf sie eingestürmt ist und mentale Reaktionen auslöst. Die meisten ostdeutschen Jugendlichen, nach der Umfrage etwa zwei Drittel, sind sich dieser Ansprüche durchaus bewußt, sehen sie aber trotzdem nicht als außergewöhnliche Schwierigkeiten ihrer Lebensbewältigung an. Zudem ist sich der größte Teil der Jugendlichen seiner Meinung in bezug auf Verhaltensweisen und Handlungsstrategien in der Marktwirtschaft ziemlich sicher, denn im Unterschied zu anderen Aspekten der Umfrage gibt es hier wenige Jugendliche, die sich bei der Beantwortung noch bedenken müssen oder Zweifel haben. Deren Zahl erreicht nicht einmal fünf Prozent aller Jugendlichen.

Abstufungen schließt diese Einschätzung nicht aus. Vor allem beim Thema Arbeitslosigkeit fühlen sich die Jugendlichen weitaus stärker angesprochen als durch andere ungewohnte neue Lebensumstände. 31 Prozent empfinden eine mögliche Arbeitslosigkeit – die der Eltern nicht weniger als die eigene – als sehr belastend. Diese Bewertung der Arbeitslosigkeit für das persönliche Leben zieht sich ausnahmslos durch alle Gruppen der Jugendlichen. Bei den von Arbeitslosigkeit direkt betroffenen Jugendlichen sind es 56 Prozent. Die Lehrlinge, von denen sich viele im Anschluß an die Lehre nach einem neuen Arbeitsplatz umsehen müssen, bewegt dieses Thema mit 43 Prozent ebenfalls stärker als den Durchschnitt. Genauso fühlen sich die weiblichen Jugendlichen mit 39 Prozent mehr belastet als die männlichen Jugendlichen.

Beiden genannten Gruppen, den arbeitslosen Jugendlichen wie auch den Lehrlingen, bereitet es mehr als anderen Jugendlichen Mühe, mit den Leistungsanforderungen fertig zu werden. Arbeitslose Jugendliche empfinden den Leistungsdruck besonders deutlich, denn sie wissen am besten, was es heißt, sich am Arbeitsmarkt bemühen zu müssen. 41 Prozent schätzen das so ein. Ihr Anteil ist doppelt so groß wie im Durchschnitt aller Jugendlichen. Lehrlinge haben vor allem mit der Berufssuche und der Selbständigkeit in der Arbeit, die ihnen frühzeitig während der Ausbildung abverlangt wird, zu kämpfen. Ihre Antwortquote von 34 Prozent liegt ebenfalls über dem Durchschnitt der Jugendlichen. Mit der freien Lehrstellensuche, verbunden mit mehrmaligen Bewerbungen und eventuellen Umorientierungen in Berufswünschen, die nicht ausbleiben, sowie der Hoffnung auf ein festes Arbeitsverhältnis nach der Ausbildung im Lehrbetrieb, wofür es jedoch keine Garantie gibt, sehen sie sich Anforderungen gegenüber, die die Ostdeutschen unter der staatlich vorgeschriebenen Berufslenkung so nicht kannten. Allerdings sagen 63 Prozent der Lehrlinge, daß ihnen diese neuen Lebens- und Leistungsumstände persönlich wenig oder keine Probleme bereiten.

VIII. Meinungen aus der Wirtschaft

Wie urteilen die ostdeutschen Unternehmen über die Leistungsfähigkeit der Jugendlichen? Eine Umfrage unter 300 Geschäftsführern bestätigt überzeugend das Meinungsbild der Jugend und

macht ebenfalls nicht nur punktuelle, sondern in vielen wichtigen Richtungen Fortschritte sichtbar.

Ob im Facharbeiterbereich, bei den Hochschulabsolventen oder in der Erstausbildung, man hört immer öfter die Einschätzung aus den Unternehmen, daß die ostdeutschen Jugendlichen in mancher Hinsicht sogar leistungs- und anpassungsfähiger an neue Unternehmensbedingungen seien als ihre Altersgefährten im Westen. Das allgemeine Leistungsbild und Persönlichkeitsprofil, das den Jugendlichen bescheinigt werden kann, spricht für Fachwissen und Engagement. Ca. 78 Prozent der Unternehmen bewerten die beruflichen Voraussetzungen als sehr gut und gut.

Wenn ein deutliches Manko besteht, dann bezieht sich das auf die Fremdsprachenkenntnisse und internationalen Erfahrungen. Das ist die einzige Position, bei der knapp 41 Prozent der Unternehmen die Voraussetzungen der ostdeutschen Jugendlichen als unzureichend bezeichnen und nur rund 3 Prozent gute und sehr gute Einschätzungen abgeben. Hier sind die Folgen der Abschottungspolitik gegenüber der westlichen Welt nachhaltig zu spüren. Defizite betreffen Englisch-, auch Französisch- und Spanischkenntnisse, vor allem ihr unzureichendes Niveau für Geschäftsverhandlungen und Korrespondenzen. Ein anderer Gesichtspunkt ist die russische Sprachausbildung. Bislang noch ein Qualifizierungsvorteil von ostdeutschen Jugendlichen, verliert sie rapide an Bedeutung. Nachwuchs wird es wenig geben.

Konfliktfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, zwei Schlüsselqualifikationen, die vielen Ostdeutschen fehlten, halten inzwischen knapp 72 bzw. 77 Prozent der Unternehmen für befriedigend und ausreichend. Aber gegenüber den fachlichen Qualifikationen, bei denen das Schwergewicht bei gut und sehr gut liegt, bleibt das eine Abstufung nach unten. Dagegen werden ihre hohe Anpassungs- und Teamfähigkeit sowie die Belastbarkeit in besonderer Weise hervorgehoben. 76 bzw. 72 Prozent bezeichnen sie als sehr gut und gut. Genauso überzeugend fällt die Einschätzung über die Hilfsbereitschaft, Verlässlichkeit und Pünktlichkeit der Jugendlichen im Arbeitsprozeß aus. Solche Handlungsmuster, im Westen gern als inzwischen unter der Jugend verlorengegangen oder mitunter als unangebracht apostrophiert, stehen vor einer Aufwertung in der Wirtschaft. Das moderne Management mit flachen Hierarchien, Gruppenarbeit, Fachkarrieren und mehr Eigenverantwortlichkeit könnte ohne sie nicht bestehen. Auch in dieser Beziehung haben die ostdeutschen Jugendlichen gute Chancen (vgl. Tabelle 4).

Insgesamt wird den Jugendlichen ein hohes Maß an Sozialkompetenz zugeschrieben. 82 Prozent der befragten Unternehmen tun dies. Was aber am beeindruckendsten an dieser Aussage ist, gewissermaßen als Prüfstein sozialer Kompetenz gewertet werden kann, ist der Umstand, daß Ausländerfeindlichkeit unter den Jugendlichen im Unternehmensgeschehen so gut wie keine Rolle spielt. 97 Prozent der Unternehmen bejahen das. Sowohl für die Hochschulabsolventen (99 Prozent) als auch die Arbeiter (97 Prozent) fällt die Antwort gleichermaßen positiv aus.

Im Zuge der Unternehmensrestrukturierung nach der Wende und des damit verbundenen, vielfach unvermeidlichen Beschäftigungsabbaus war eine auch für junge Arbeitnehmer nicht leichte Situation entstanden. Inzwischen haben sich die fachlichen Voraussetzungen der ostdeutschen Jugendlichen, ohne Ausnahme in allen Unternehmensbereichen tätig zu werden, grundlegend verbessert, wohingegen in der ersten Anpassungsphase ein Einsatz im Marketing, Finanzwesen oder Einkauf mit vielen Schwierigkeiten verbunden war. Sechs Jahre nach der Wiedervereinigung sind durch die in dieser Zeit liegende Nachqualifizierung, Erstausbildung oder den Hochschulabschluß ganz andere Qualifikationen entstanden, so daß von einer Gefahr der ostdeutschen Jugend, wegen der Bildungsvoraussetzungen ins Hintertreffen zu geraten, nicht mehr gesprochen werden kann.

79 Prozent der befragten Unternehmen konnten nach der Privatisierung wieder Jugendliche einstellen, 55 Prozent davon Hochschulabsolventen. Aus der Sicht der Unternehmen zeichnen sich Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugendlichen vor allem dort ab, wo durch technologische Innovationen, neue Produkte, moderne Vertriebs- und Fertigungskonzepte die Unternehmensprofilierung in den neuen Bundesländern schnell vorangeht. In solchen exponierten Bereichen bestehen auch für die weiblichen Jugendlichen keine schlechten Chancen. 62 Prozent sehen im computergesteuerten Finanzwesen und Controlling besondere Entwicklungsmöglichkeiten, in Vertrieb und Marketing 45 Prozent sowie im Einkauf 35 Prozent.

Was die Erstausbildung in ostdeutschen Unternehmen betrifft, so bleibt vor allem der Druck, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, vorerst bestehen. 16 Prozent der befragten Unternehmen sprechen derzeit noch von einer möglicherweise sinkenden Ausbildungszahl, 59 Prozent wollen die Ausbildung zumindest in gleichem Umfang, auch über den eigenen Bedarf hinaus, fortsetzen, und 26 Prozent erwägen, die Erstausbildung auszuweiten.

Tabelle 4: Meinungen von 300 Vertretern aus der Wirtschaft zum Qualifikations- und Persönlichkeitsprofil ostdeutscher Jugendlicher 1995

| Wie bewerten Sie die beruflichen Qualitäten und das Persönlichkeitsprofil der ostdeutschen Jugendlichen in Ihrem Unternehmen? (Anteile in Prozent der Unternehmer) | | | | | |
|---|----------|------|--------------|-------------|--------------|
| | sehr gut | gut | befriedigend | ausreichend | unzureichend |
| Fachliche Voraussetzungen, Sachwissen | 10,1 | 68,4 | 19,0 | 2,5 | 0,0 |
| Leistungsbereitschaft | 13,9 | 60,8 | 21,5 | 3,8 | 0,0 |
| Qualitätsbewußtsein | 4,5 | 55,4 | 33,1 | 7,0 | 0,0 |
| Fremdsprachenkenntnisse, internationale Erfahrung | 0,0 | 3,2 | 18,5 | 36,9 | 41,4 |
| Selbständigkeit/Verantwortungsfähigkeit/Durchsetzungsvermögen | 0,0 | 22,8 | 56,3 | 20,3 | 0,6 |
| Anpassungs- und Teamfähigkeit | 12,7 | 63,3 | 22,2 | 1,9 | 0,0 |
| Belastbarkeit | 14,6 | 57,6 | 24,1 | 3,8 | 0,0 |
| Konfliktfähigkeit | 0,0 | 27,2 | 57,0 | 14,6 | 1,3 |
| Mitmenschlichkeit/Hilfsbereitschaft | 21,5 | 64,6 | 12,7 | 0,6 | 0,6 |
| Ehrlichkeit/Pünktlichkeit/Verlässlichkeit | 12,7 | 65,2 | 20,3 | 1,3 | 0,6 |
| Umweltbewußtsein | 4,5 | 44,6 | 42,0 | 8,9 | 0,0 |

Quelle: wie Tabelle 1.

55 Prozent der Unternehmen fordern, die Berufsbilder zu modernisieren und darüber hinaus die Ausbildungsaufgaben zwischen Berufsschulen und Unternehmen effizienter zu verteilen. Der Katalog der Ansprüche reicht von Ergänzungsqualifikationen über mehr Auswahlmöglichkeiten der Fachwissensvermittlung innerhalb einer Berufsrichtung, die Aufnahme neuester technologischer Verfahren und Normen bis zu berufsübergreifenden Ausbildungselementen.

IX. Flexibel und innovationsbereit

Nimmt man die typischen Begleitumstände betrieblicher Innovationen, die in Arbeitszeitregime und Unternehmensorganisation eingreifen, sind die meisten Jugendlichen dafür offen, ihr Leben darauf einzustellen. 74 Prozent der Unternehmen gehen davon aus, daß sie die Flexibilisierung der Arbeitszeit mittragen, lediglich 1,3 Prozent sprechen von ablehnenden Reaktionen und 25 Prozent noch von eher passivem Verhalten. Externe und umfangreiche Weiterbildungsmaßnahmen, die

meist erhebliche Mobilität erfordern, waren in 87 Prozent der Unternehmen für die Jugendlichen kein Problem. Geht es dabei um Weiterbildung außerhalb der Arbeitszeit, verhielten sich nur 8 Prozent ablehnend.

Diese Aufgeschlossenheit gegenüber Innovationen ist für Jugendliche in den neuen Bundesländern sehr typisch und ein Vorteil, den die Unternehmen immer wieder herausstreichen. Es ist so, wie auch in der IBM-Studie am Beispiel von Computerarbeitsplätzen zum Ausdruck kommt: Die ostdeutschen Jugendlichen stehen diesen Neuerungen aufgeschlossener gegenüber als ihre westdeutschen Altersgefährten⁵. Zu DDR-Zeiten mit technischen Neuerungen nicht verwöhnt und immer im Nachtrab zu den wissenschaftlich-technischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte, reizen die Jugendlichen nunmehr die Möglichkeiten, selbst daran teilzuhaben. Deshalb ist die Antwort auf die Frage, inwieweit eine an Forschung und Entwicklung, Produktinnovation und Technologie interessierte Ingenieur- und Wissenschaftlergeneration

⁵ Vgl. Wir sind o.k.! Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den 90er Jahren, Die IBM Jugendstudie des Instituts für empirische Psychologie, Köln 1995, S. 37.

heranwächst, für die Unternehmen wie für die Chancen der Jugendlichen selbst ein wichtiger Faktor. Nach dem Urteil von 80 Prozent der Unternehmen verfügt der neue ostdeutsche Hochschulnachwuchs über die entsprechenden Voraussetzungen. Ob damit auch der Anschluß an internationale wissenschaftliche Maßstäbe gelungen ist, bejahen 49 Prozent, und 48 Prozent schätzen diesen Prozeß als deutlich vorangekommen ein. 88 Prozent der Unternehmen heben den ausgeprägten Leistungswillen hervor.

Inzwischen sind, anders als kurz nach der Wende, besondere Einstiegs- und Karrierewege für ostdeutsche Absolventen eher die Ausnahme. Gemessen wird an gleichen Kriterien. 46 Prozent der Unternehmen haben Jugendlichen Hauptabteilungsleiter- und Abteilungsleiterpositionen übertragen, und 13 Prozent der Unternehmen nahmen inzwischen jugendliche Nachwuchskräfte in die Geschäftsführung auf. Allerdings ändern sich die Karrieremuster. Viele ostdeutsche Unternehmen sind bereits jetzt auf flache Hierarchien fixiert. Das bedeutet, es reduzieren sich die vertikalen Aufstiegsmöglichkeiten und sogenannte Fachkarrieren und die Verantwortung in Projektgruppen gewinnen erheblich an Gewicht. Mit der Bereitschaft und der Befähigung der ostdeutschen Jugendlichen zur Teamarbeit unter diesen neuen Bedingungen haben die Unternehmen gute Erfahrungen gemacht.

Und wie steht es bei dieser Aufgeschlossenheit um das Verhältnis zur Umwelt? Nachdem in der Man-

gelwirtschaft der DDR Umweltansprüche immer eine unerwünschte Belastung, in der öffentlichen Meinungsbildung und in der Politik ein Stiefkind waren, bescheinigen 91 Prozent der Unternehmen den ostdeutschen Jugendlichen ein verantwortungsvolles Umweltverhalten. 49 Prozent sprechen von sehr gutem und gutem, 42 Prozent von einem befriedigenden Umweltbewußtsein. Als ökologisch in besonderer Weise motiviert werden etwa 50 Prozent der Jugendlichen bezeichnet. Das ist eine insbesondere aus den „Umweltsünden“ der DDR erklärbare und sehr verständliche Entwicklung unter der ostdeutschen Jugend. Viele von ihnen haben tagtäglich erlebt, wie um der Produktion willen und aus Gründen der Kostenersparnis gegen Vernunft und Umweltnormen verstoßen wurde, obwohl die Folgen für Natur und Mensch nicht mehr zu übersehen waren.

Diese beachtenswerten positiven Trends schließen nicht aus, daß erziehungsbedingte Denkmuster aus DDR-Zeiten teilweise nachwirken und neue Denk- und Verhaltensweisen sich allmählich entwickeln. Aber rückwärtsgewandt verhalten sich die ostdeutschen Jugendlichen nicht. Die Wende haben sie besser verkraftet, als gemeinhin eingeräumt wird. Es präsentiert sich eine junge Generation, die zukunftsorientiert denkt, der Marktwirtschaft offen gegenübersteht und Leistungswillen zeigt. Einen „unreflektierten Optimismus“ bedeutet das aber nicht, sondern das Selbstvertrauen der Jugendlichen, daß auftretende Probleme bewältigt werden können, ist die viel überzeugendere Haltung.

Martina Gille/Winfried Krüger/Johann de Rijke/Helmut Willems: Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/96, S. 3–17

In der öffentlichen Diskussion über Jugend hat seit einiger Zeit das Schlagwort von der „Politikverdrossenheit“ Konjunktur. Oft ist jedoch nicht erkennbar, inwiefern entsprechende Interpretationen und Trendaussagen auch durch Ergebnisse der empirischen Jugendforschung gestützt sind. In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, einige zentrale Aspekte der politischen Orientierungen sowie der Wertorientierungen von Jugendlichen in den alten und den neuen Bundesländern anhand der Daten des DJI-Jugend-surveys sowie anderer Untersuchungen zu beleuchten.

Erstens wird gefragt, welche Bedeutung Politik für Jugendliche hat, wie das Interesse an Politik im Ost-West-Vergleich verteilt ist und ob sich in den letzten Jahren Trends erkennen lassen, die als Politikverdrossenheit beschreibbar sind. Daran schließt sich zweitens die Frage danach an, welches Vertrauen Jugendliche den politischen und gesellschaftlichen Institutionen entgegenbringen. Drittens schließlich wollen wir Fragen des Wertewandels und der Wertorientierungen von Jugendlichen diskutieren, auch hinsichtlich der Frage, welche möglichen Konsequenzen dies für die politischen Orientierungen von Jugendlichen hat. Schließlich wird es darum gehen, ob und inwiefern Jugendliche die Bereitschaft zeigen, sich politisch zu engagieren. Dabei interessiert im besonderen, welchen Einfluß politisches Interesse, Institutionenvertrauen und Wertorientierungen auf die Partizipationsbereitschaften junger Menschen haben.

Peter Förster/Walter Friedrich: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen 1990 bis 1994

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/96, S. 18–29

Auf der Grundlage unserer Replikationsstudien bei sächsischen Jugendlichen können seit 1990 Einstellungstrends zuverlässig bestimmt werden. Seit 1992 treten in verschiedenen Einstellungsbereichen neue Tendenzen hervor. Nicht selten kommt es im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren zu einer Trendumkehr. Wichtige Ergebnisse sind u. a.:

- Wurden in der Zeit unmittelbar nach der Wende und Vereinigung rechte Positionen im Links-Rechts-Spektrum zunehmend häufiger gewählt, so geht der Trend seit 1992 in die Gegenrichtung.
- Rechtsextreme Anschauungen und Verhaltensweisen wie nationalistische Attitüden und Stereotype, auch Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus haben in den letzten Jahren bei ostdeutschen Jugendlichen an Einfluß verloren. Demgegenüber sind Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft noch unvermindert hoch, besonders gegenüber Vertretern der politischen Gegenseite, den „Andersdenkenden“.
- Die Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik hat sich verringert. Das alte Gesellschaftsmodell hat seine Anziehungskraft zwar fast vollständig verloren, das gegenwärtige wird jedoch erst von einer Minderheit voll akzeptiert.
- Die Mehrheit der Jugendlichen fühlt sich als Bürger der Bundesrepublik, ohne die emotionale Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Diese Beziehung ist offensichtlich auch bei jungen Menschen psychostrukturell tief verankert.

Hans-Joachim Beyer: Die Generation der Vereinigung. Jugendliche in den neuen Bundesländern über die Plan- und Marktwirtschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/96, S. 30–39

Die vorgestellten Untersuchungsergebnisse sind Teil eines von der informedia-Stiftung Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln geförderten Projektes „Jugend in der Wirtschaft der neuen Bundesländer – Wege in die Zukunft“. Befragt wurden 2 700 ostdeutsche Jugendliche über ihre Erfahrungen beim Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft, ergänzt durch eine Umfrage unter 300 Geschäftsführern ostdeutscher Unternehmen zum Persönlichkeitsprofil und den Qualifikationsvoraussetzungen der Jugendlichen.

Die Umfrageergebnisse zeigen eine junge Generation, die zuversichtlich und der Marktwirtschaft gegenüber offen ist, auf Leistung setzt und zukunftsorientiert denkt. Vor allem sind die ostdeutschen Jugendlichen selbstbewußter geworden; sie gehen davon aus, ihre Lebensziele in der Marktwirtschaft besser verwirklichen zu können als in der sozialistischen Planwirtschaft. Allerdings sind sich die meisten bewußt, daß dies Zeit und Energie erfordert, daß die Leistungsansprüche viel höher sind als im Sozialismus, der persönliche Einsatz größer ist, Korrekturen in Berufs- und anderen Zielen nicht ausbleiben können und mit Erfolg oft erst in einigen Jahren zu rechnen ist. Berufliche und überhaupt Erfahrungsdefizite mit der Marktwirtschaft, wie sie nach der Wende typisch waren, konnten inzwischen, das bestätigen Vertreter der Wirtschaft, abgebaut werden, und in mancher Hinsicht erweisen sich die jungen Ostdeutschen sogar als leistungs- und anpassungsfähiger an Innovationen und Umstrukturierungen als ihre Altersgefährten in Westdeutschland.